

Das Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen – eine Analyse auf Basis der SAVE-Daten

Von Michael Ziegelmeyer*

Abstract

Since about $\frac{3}{4}$ of all self-employed are not secured by a mandatory pension plan, the question arises to what extent old-age poverty could become a problem for them. Therefore, a detailed study of how the self-employed save for their retirement seems necessary. The SAVE panel of 2005 – 2008 offers a new and so far unexploited data basis to assess the capability, willingness, as well as the level of old-age provision of this group of people. The analyses show, that the majority of self-employed has the necessary funds for adequate old-age provision. However, at least 11% of the households with a self-employed main earner are not able to save an amount large enough to ensure an old age income of a sufficient level. Households with a self-employed main earner save more on average than those with an employed main earner. However, they still save less on average in the lower income classes than employed main earners, despite the fact that the employees already have their social security contributions deducted. The net wealth of households with self-employed main earners (without considering social security wealth) is on average three times the size of the net wealth of employees. Yet, private old-age provision products contribute only slightly more than 4% to net wealth. In the age class over 55, 26% of self-employed households are not able to raise the funds that guarantee an old age income above the poverty level. It should be noted that social security as well as behavioural changes before retirement could not be considered in the analyses.

Zusammenfassung

Da etwa $\frac{3}{4}$ aller Selbständigen nicht durch ein obligatorisches Altersvorsorgewerk abgesichert sind, stellt sich die Frage, inwieweit Altersarmut für diese Selbständigen zum Problem werden könnte. Eine eingehende Untersuchung des Altersvorsorge-Verhaltens von Selbständigen erscheint daher notwendig. Das SAVE-Panel von 2005 – 2008

* Für finanzielle Unterstützung sei dem Land Baden-Württemberg und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft gedankt, der DFG für die Finanzierung der SAVE-Daten. Ein großes Dankeschön an Martin Gasche für die Begleitung dieses Projektes. Axel Börsch-Supan, Franziska Fiebig, Anette Reil-Held, Ulrich Schlieper und die Teilnehmer der FNA-Tagung sowie des MEA Seminars haben durch ihre wertvollen Kommentare diese Arbeit bereichert.

bietet eine neue und bisher ungenutzte Datengrundlage, um die Vorsorgefähigkeit, die Vorsorgebereitschaft und das Vorsorgeniveau dieser Personengruppe abzuschätzen. Die Auswertungen zeigen, dass dem größten Teil der Selbständigen ausreichende Mittel für eine entsprechende Altersvorsorge zur Verfügung stehen, so dass für diese Gruppe Altersarmut ausgeschlossen sein dürfte. Allerdings sind mindestens 11 % der Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher nicht in der Lage, aus ihrem Nettoeinkommen einen ausreichend großen Betrag zu sparen, der ein Alterseinkommen auf dem Niveau der Grundsicherung im Alter sicherstellt. Auch wenn Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher im Schnitt mehr sparen als Haushalte mit abhängig beschäftigtem Haupteinkommensbezieher, so sorgen Selbständige in den unteren Einkommensbereichen im Schnitt weniger vor als abhängig Beschäftigte, obwohl bei diesen bereits Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden. Beim Nettogesamtvermögen von Haushalten (ohne Berücksichtigung der Anwartschaften der Ersten Säule der Alterssicherung) haben Selbständige im Mittel ein dreimal höheres Vermögen als abhängig Beschäftigte. Jedoch tragen private Altersvorsorgeprodukte bei Selbständigen im Schnitt nur knapp über 4 % zum Nettogesamtvermögen bei. In der Altersklasse über 55 Jahre können 26 % der Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher den Vermögensbedarf zur Deckung der Grundsicherung im Alter nicht aufbringen. Diese Aussage steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass Anwartschaften aus obligatorischen Altersvorsorgewerken nicht erfasst werden konnten und Verhaltensänderungen bis zum Renteneintritt unberücksichtigt bleiben.

JEL Classifications: H55, E21, D31, J26

Received: November 20, 2009

Accepted: April 7, 2010

1. Einführung

Seit geraumer Zeit wird in Politik und Wissenschaft diskutiert, inwieweit Armut für nicht obligatorisch abgesicherte Selbständige im Alter zu einem Problem werden könnte (Windhövel et al., 2008; Rische, 2008). Während die Pflichtversicherung einem großen Teil der Bevölkerung hilft, Altersarmut zu verhindern, könnte die Versicherungsfreiheit für einen großen Teil der Selbständigen vermuten lassen, dass das Problem der zu geringen Vorsorge für das Alter und der damit verbundenen möglichen Altersarmut weitaus größer ist.¹ Zudem hat sich die Anzahl der Soloselbständigen allein von 1991 auf 2005 auf 2,29 Mio. nahezu verdoppelt (Sachverständigenrat, 2006). Gerade bei dieser Gruppe wird eine mangelnde finanzielle Fähigkeit zur Vorsorge vermutet. Zudem führen die immer flexibleren Erwerbsverläufe mit Wechsel in die Selbständigkeit und aus ihr heraus zu einer „Durchlöcherung“

¹ Verschiedene Quellen (Kohlmeier, 2009, 22; Fachinger/Oelschläger/Schmähl, 2004, 230 f.) beziffern den Anteil der Anfang des 21. Jahrhunderts durch ein obligatorisches Versorgungswerk (in GRV pflichtversichert, Alterssicherung der Landwirte, Berufsständische Versorgungswerke) abgesicherten Selbständigen auf etwa 1/4 aller selbstständig Tätigen.

der individuellen Versicherungshistorie, was die Ansprüche in den obligatorischen Versorgungswerken mindert (Schulze / Buschoff, 2007, 16). Zur Verhinderung oder zumindest Abschwächung von Altersarmut wird vorgeschlagen, sowohl den Pflichtversichertenkreis der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auszuweiten als auch eine private Pflichtversicherung für Selbständige einzuführen.

In der laufenden Diskussion wird das „Altersarmuts-Argument“ oftmals pauschal herangezogen. Ein genauer Nachweis über die Größe der Problematik fehlt aber bislang. Im Rahmen eines solchen Nachweises sollte in erster Linie die Frage behandelt werden, ob die nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen in der Lage sind, aus ihrem eventuell geringen Einkommen für das Alter ausreichend vorzusorgen (Vorsorgefähigkeit). Darauf aufbauend stellt sich die Frage, ob Selbständige, wenn sie denn ein ausreichendes Einkommen zur Verfügung haben, tatsächlich bereit sind, einen Teil davon für das Alter zurückzulegen (Vorsorgebereitschaft). Abschließend müssen die direkten und indirekten Altersvorsorgemaßnahmen der Selbständigen evaluiert werden, um eine valide Aussage darüber zu treffen, wie viele von ihnen von Altersarmut bedroht sind (Vorsorgeniveau).

Bisher stehen zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen in den verschiedenen Datensätzen nur sehr lückenhaft Informationen über Selbständige zur Verfügung. Der SAVE-Paneldatensatz 2005–2008 ermöglicht es, diese Fragen umfassend zu analysieren, da in SAVE detaillierte Fragen zu Einkommen, Ersparnis, Vermögen sowie zur Altersvorsorge zusammen mit einer großen Bandbreite von soziodemographischen Variablen enthalten sind. Zudem erlaubt das Panel Verhaltensänderungen über die Zeit zu beobachten und die Zeitpunktbetrachtung einer Querschnittsanalyse auf einen längeren Zeitraum des Lebenszyklus der Personen und Haushalte auszudehnen.

Der Artikel besteht aus der Analyse der Vorsorgefähigkeit, gemessen am Einkommen, der Vorsorgebereitschaft, gemessen anhand der jährlichen Ersparnis, und des Vorsorgeniveaus, gemessen durch das direkte und indirekte Altersvorsorgevermögen, von Selbständigen mit dem SAVE-Paneldatensatz 2005–2008 in einer deskriptiven Weise und stellt damit den ersten Schritt zu einer umfassenden Evaluierung des Altersvorsorge-Verhaltens von Selbständigen dar. Mindestens 11% der Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher sind nicht in der Lage, aus ihrem Nettoeinkommen einen ausreichend großen Betrag zu sparen, der ein Alterseinkommen auf dem Niveau der Grundsicherung im Alter sicherstellt. Auch wenn Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher im Schnitt mehr sparen als Haushalte mit abhängig beschäftigtem Haupteinkommensbezieher, so sorgen Selbständige in den unteren Einkommensbereichen im Schnitt weniger vor als abhängig Beschäftigte, obwohl bei abhängig Beschäftigten bereits Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, die nicht in die Berechnung ihrer Sparquote eingehen. Beim Nettogesamtvermögen von Haushalten (ohne Berück-

sichtigung der Anwartschaften der Ersten Säule der Alterssicherung) haben Selbständige im Mittel ein dreimal höheres Vermögen als abhängig Beschäftigte. Erstaunlich ist, dass bei Selbständigen die private Altersvorsorge im Schnitt nur knapp über 4% zum Nettogesamtvermögen beiträgt. In der Altersklasse über 55 Jahre können 26% der Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher den Vermögensbedarf zur Deckung der Grundsicherung im Alter nicht aufbringen. Diese Aussage steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass Anwartschaften aus obligatorischen Altersvorsorgewerken nicht erfasst werden konnten und Verhaltensänderungen bis zum Renteneintritt unberücksichtigt bleiben.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Im zweiten Abschnitt werden die theoretischen Grundlagen des Sparens für das Alter erläutert, die einem „ausreichenden“ Vermögensaufbau für das Alter entgegenstehen. Auf die bereits bestehende Literatur, die sich mit verschiedenen (Teil-)Aspekten des Altersvorsorge-Verhaltens von Selbständigen in Deutschland beschäftigt, wird in Abschnitt 3 eingegangen. Abschnitt 4 stellt den verwendeten SAVE-Datensatz 2005–2008 vor. Die Ergebnisse werden im fünften Abschnitt dargelegt und diskutiert. Abschließend wird in Abschnitt 6 ein Resümee gezogen.

2. Theoretischer Hintergrund

Der theoretische Rahmen für das Altersvorsorgemotiv geht zurück auf die klassische Lebenszyklustheorie (Modigliani / Brumberg, 1954; Friedman, 1957). Konsum- und Sparentscheidungen sind das Ergebnis eines wohl definierten intertemporalen Maximierungsproblems. Eine zentrale Annahme ist dabei die Unterstellung rationaler und vorausschauender Individuen. Geht man ferner von den üblichen Annahmen für die Nutzenfunktion sowie von einem Einkommenspfad aus, der bei Renteneintritt auf null fällt oder zumindest stark sinkt, werden diese rationalen Individuen Vermögen bis zum Renteneintritt ansparen, um durch Vermögensabbau während der Rentenzeit den Konsum über die komplette Lebensspanne zu glätten.²

² Das Altersvorsorgemotiv folgt aus der klassischen Lebenszyklustheorie. Dieses Modell wurde im Zeitverlauf erweitert, so z. B. durch die Einführung von Unsicherheit bezüglich des Einkommensprozesses. Dies führte zur Notwendigkeit eines Vorsichtssparmotivs (vgl. Leland, 1968; Kimball, 1990). Weitere Ergänzungen umfassen die Berücksichtigung von Kreditbeschränkungen, Unsicherheit bezüglich des Todeszeitpunktes, ein Vererbungsmotiv und institutionellen Rahmenbedingungen (Rentensystem, Steuern), aber auch die Wahl zwischen unterschiedlichen Anlagealternativen. Dabei können verschiedene Spar motive in Konkurrenz stehen und lassen sich nicht trennscharf voneinander abgrenzen. Vor allem im Alter bestehen beispielsweise starke Substitutionsmöglichkeiten zwischen dem Vorsichtssparmotiv, dem Vererbungsmotiv und dem Altersvorsorgemotiv (Ziegelmeyer, 2009b). Gerade für Selbständige kann das Betriebsvermögen auch als Altersvorsorgevermögen dienen.

Jedoch können diverse Gründe sowohl bei Selbständigen wie auch bei abhängig Beschäftigten einem vor Altersarmut schützenden Vermögensaufbau im Wege stehen, die oftmals rechtfertigend für die Einführung einer Altersvorsorgepflicht(-versicherung) herangezogen werden. So kann ein Haushalt oder ein Individuum durch negative Einkommensschocks lange Zeit geringe Einkommen haben. Dies kann zu einer vollständigen Konsumierung des Einkommens während des Erwerbslebens führen, ohne dass etwas für das Alter gespart wird. Die Folge dieser fehlenden Vorsorgefähigkeit kann darin bestehen, dass im Alter der Konsum eventuell drastisch absinkt oder der Renteneintritt verzögert wird.

Setzt man die Vorsorgefähigkeit der Haushalte durch ein ausreichendes Einkommen voraus, gibt es drei theoretisch denkbare Gründe aus denen Haushalte nicht genügend für ihr Alter vorsorgen: erstens Diskontierung zukünftigen Konsums, zweitens fehlendes finanzielles Wissen und drittens Trittbrettfahrerverhalten. Wohingegen die ersten beiden Gründe zu einer nicht ausreichenden Ersparnis auf individueller Ebene führen, ist der dritte Grund für einen aus gesellschaftlicher Sicht nicht ausreichenden Vermögensaufbau relevant. Diese drei Gründe werden anschließend kurz diskutiert.

In Lebenszyklusmodellen wird in der Regel von einer exponentiellen *Diskontierung* zukünftigen Nutzens ausgegangen. Verschiedene Simulationen und Experimente (siehe z. B. Frederick et al., 2002; Soman et al., 2005; Laibson et al., 2007) haben jedoch gezeigt, dass eine hyperbolische bzw. quasi-hyperbolische Diskontierung individuelles Verhalten besser abbildet. Sowohl bei der hyperbolischen als auch bei der quasi-hyperbolischen Diskontierung kommt es zu zeitinkonsistenten Entscheidungen. Eine beispielsweise vor 100 Tagen getroffene Entscheidung über ein Ereignis in 101 Tagen wird nach 100 Tagen zu Gunsten einer kurzfristigen Versuchung verändert. Unter anderem führt solches Verhalten zu einer unzureichenden Konsumglättung über den Lebenszyklus und bietet eine Erklärung dafür, warum Haushalte aktuell zu wenig vorsorgen, obwohl eine höhere Vorsorge langfristig als optimal angesehen wird.

Ein weiterer Grund für heterogenes Sparverhalten liegt im unterschiedlichen Grad des *Finanzwissens* von Haushalten. Lusardi / Mitchell (2009) legen anhand des American Life Panels dar, dass höheres Finanzwissen mit einer intensiveren Rentenplanung einhergeht. Die intensivere Rentenplanung selbst wurde als starker Einflussfaktor auf die Vermögensbildung identifiziert (Lusardi, 1999, 2003; Lusardi / Mitchell, 2007; Lusardi / Beeler, 2007). Bucher-Koenen (2009) zeigt für Deutschland, dass Personen mit geringerem finanziellem Wissen unregelmäßigeres Sparverhalten aufweisen und seltener einen privaten Altersvorsorgevertrag abschließen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Haushalte mit geringem Finanzwissen ihren Vermögensaufbau eventuell vernachlässigen und so zu wenig für das Alter vorsorgen. Dieser Aspekt könnte für Selbständige mit geringem Einkommen relevant sein, da zu ver-

muten ist, dass diese Gruppe sich hinsichtlich des Finanzwissens kaum von den abhängig Beschäftigten mit geringem Einkommen unterscheidet.³

Der letzte Grund ergibt sich aus den institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland. Der deutsche Staat sichert allen Personen, deren gewöhnlicher Aufenthalt im Inland ist, eine bedürftigkeitsorientierte Grundsicherung im Alter zu (SGB XII, 4. Kapitel). Diese Absicherung begünstigt *Trittbrettfahrerverhalten* von Individuen. Da im Alter die durch den Staat gewährte Grundsicherung einen gewissen Konsum auf Kosten der Gesellschaft erlaubt, andererseits aber eigenes Vermögen in voller Höhe auf diesen Anspruch angerechnet wird, kann es aus individueller Sicht optimal sein, während des Erwerbslebens das Einkommen komplett zu konsumieren und im Alter auf die Leistungen der Allgemeinheit zurückzugreifen. Durch die Grundsicherung im Alter werden somit die Sparanreize derjenigen vermindert, die sich durch eigene Vorsorge lediglich einen Konsum in der Größenordnung der Grundsicherung leisten könnten. Die dadurch notwendigen zusätzlichen Grundsicherungszahlungen müssen aus dem Steueraufkommen finanziert werden, was mit Zusatzlasten verbunden ist.⁴ Für einen Teil der Selbständigen kann der Anreiz zum Trittbrettfahrerverhalten noch größer sein als für abhängig Beschäftigte, da möglicherweise keine oder nur geringe Anwartschaften erworben wurden und die Ersparnis für den Rest der Erwerbsphase nicht zu einem Einkommen über dem Grundsicherungsniveau führen würde.

3. Ausgewählte Literatur⁵

Eine Reihe von Autoren beschäftigt sich mit der Vorsorgefähigkeit von Selbständigen anhand des Einkommens. Sowohl Merz (2006) mit einer Analyse der Einkommenssteuerstatistik wie auch Kohlmeier (2009) auf Basis der EVS 2003 und des Mikrozensus 2006 oder der Sachverständigenrat (Sachverständigenrat, 2006, Ziffern 352–355) mit dem Mikrozensus 2005 kommen zu dem Schluss, dass die Einkommen der selbständigen Haupteinkommensbezieher deutlich ungleicher verteilt sind als die der abhängig beschäftigten Haupteinkommensbezieher. Einem großen Teil der Selbständigen steht ein nur geringes Einkommen zur Verfügung. Dabei handelt es sich zu einem großen

³ So erzielen Selbständige mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 2.000 € kein signifikant besseres Ergebnis als abhängige Beschäftigte bei der Beantwortung der Finanzwissensfragen in der SAVE Umfrage 2007.

⁴ Siehe dazu Breyer / Buchholz (2007, 148 ff.).

⁵ Zu beachten ist, dass die in der ausgewählten Literatur verwendeten Datensätze in der Einkommens- und Vermögenserfassung als auch in den Untersuchungseinheiten erheblich voneinander abweichen. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der hier berichteten Ergebnisse ein (Anhang A geht auf die genannten Datensätze genauer ein). Obwohl die verwendeten Datensätze auf einer unterschiedlichen Erfassung von Einkommen und Vermögen beruhen, kommen alle Analysen zum qualitativ gleichen Ergebnis.

Teil um Soloselbständige, wie anhand des Mikrozensus 2005 und 2006 gezeigt wird. Fachinger (2002) findet durch eine Auswertung der EVS von 1998, dass sich die Vorsorgefähigkeit der Selbständigen im Durchschnitt kaum von der der abhängig Beschäftigten unterscheidet.⁶ Allen diesen Analysen ist die Beurteilung gemein, dass unter Beachtung der Einschränkungen der verwendeten Datensätze die Gefahr von Altersarmut für einen nicht unerheblichen Teil der Selbständigen besteht.

Das Vorsorgeniveau wird von Kohlmeier (2009) untersucht. Sie vergleicht AVID 2005, ASID 2003 und die EVS 2003 auf direkte und indirekte Maßnahmen zur Altersvorsorge.⁷ Sie konstatiert, dass ein erheblicher Teil der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen nicht ausreichend indirekt für das Alter vorsorgen dürfte, allerdings ohne die direkten Maßnahmen in die Betrachtung einbeziehen zu können. Damit deuten die Aussagen der Vorsorgefähigkeits- und Vorsorgeniveauanalyse in eine Richtung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die bisherige Literatur⁸ über das Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen in Deutschland auf Teilaspekte der in Abschnitt 1 beschriebenen Fragen beschränkt hat. Ein umfassendes Bild konnte bisher durch die eingeschränkte Datenlage nicht gezeichnet werden. Einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Datensätze und eine Diskussion der Vor- und Nachteile der einzelnen Datensätze gibt Anhang A. Die vorliegende Arbeit versucht diese Lücke mit dem SAVE-Datensatz weiter zu schließen. Die SAVE-Befragung ermöglicht es, eine Vorsorgefähigkeits-, Vorsorgebereitschafts- wie auch eine Vorsorgeniveauanalyse von Selbständigen und abhängig Beschäftigten durchzuführen.

⁶ Die gleichen Ergebnisse finden sich in Fachinger / Oelschläger / Schmähl (2004).

⁷ Unter direkten Altersvorsorgemaßnahmen versteht man die erworbenen Ansprüche in der Ersten, Zweiten und Dritten Säule der Altersvorsorge. Die Erste Säule umfasst in diesem Beitrag die GRV und weitere obligatorische Alterssicherungssysteme. Bei der Zweiten Säule handelt es sich um die betriebliche Altersvorsorge und bei der Dritten Säule um die private Rentenversicherung. Unter den indirekten Maßnahmen wird das Nettogesamtvermögen ohne Berücksichtigung der drei Säulen der Altersvorsorge verstanden.

⁸ Weitere Literatur, die sich mit dem Thema beschäftigt ist Dräther / Fachinger / Oelschläger (2001). Sie analysieren die Mikrozensen von 1991 bis 1996, um verschiedene Gruppen von selbständig Tätigen mit und ohne obligatorische Alterssicherung zu identifizieren.

Ein weiterer Aspekt wird durch die Studie „Altersvorsorge in Deutschland 2005“ (AVID 2005) von Heien / Kortmann / Schatz (2007, 248 ff.) aufgezeigt. Sie finden heraus, dass die Erwerbsbiographien von Individuen in Westdeutschland im untersten Nettoeinkommensquintil zwei- bis dreimal längere Phasen der Selbständigkeit aufweisen als Individuen in den anderen vier Quintilen. Dieser Effekt ist auch für Ostdeutschland leicht abgeschwächt zu beobachten.

4. Der SAVE-Datensatz

Das Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (MEA) führt seit 2001 zusammen mit TNS-Infratest die SAVE-Befragung durch. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Sparverhalten und der Vermögensbildung deutscher Haushalte. Zusammen mit detaillierten Fragen über soziodemographische Merkmale und Einkommen liegt eine weitere Besonderheit des Datensatzes in der Erfassung von Erwartungen, Haltungen und Einstellungen sowie der Gesundheit der Befragten. Von 2005 an erreichte die SAVE-Umfrage ein relativ stabiles Panel, mit dem kleinsten Stichprobenumfang von 2.305 befragten Haushalten im Jahr 2005 und dem größten Stichprobenumfang von 3.474 befragten Haushalten 2006 (Börsch-Supan et al., 2008). Daher wird das SAVE-Panel ab 2005 bis 2008 für diese Untersuchung herangezogen. Trotz des relativ geringen Stichprobenumfangs sind die Stichprobeneigenschaften in Bezug auf die Selbständigenpopulation der SAVE-Studie gut. Vergleicht man verschiedene soziodemographische Merkmale von SAVE 2005 und 2006 mit den zur Verfügung stehenden Scientific Use-files des Mikrozensus aus 2005 und 2006 und zusätzlich mit der EVS aus 2003 (ungewichtet), so weist SAVE gute Stichprobeneigenschaften gemessen am Mikrozensus auf (Anhang B).

SAVE ermöglicht es, eine Vorsorgefähigkeits- wie auch eine Vorsorgebereitschaftsanalyse durchzuführen. Ferner sind indirekte Altersvorsorgemaßnahmen komplett abdeckt. Auch bei der direkten Altersvorsorge liegen detaillierte Informationen über die Vermögenshöhe in der Zweiten und Dritten Säule vor, wohingegen erworbene Anwartschaften in der Ersten Säule nur als Ja/Nein Fragen erhoben werden. Soloselbständige sind hingegen nicht identifizierbar. Schaubild 1 zeigt die Frage nach dem Berufsstand im SAVE-Fragebogen von 2005 bis 2008. Diese Frage bildet die Ausgangsbasis zur Konstruktion der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigenpopulation in der vorliegenden Untersuchung. Die Rate von Fehlwerten im Datensatz bzgl. des Berufsstandes ist sehr gering und liegt über die Jahre 2005 bis 2008 bei durchschnittlich 3,1 %.⁹

Das Anliegen dieser Studie ist vor allem die Evaluation der Situation nicht obligatorisch abgesicherter Selbständiger in Bezug auf ihr Altersvorsorge-Verhalten. Dabei gestaltet sich die Alterssicherung der Selbständigen sehr unterschiedlich und fragmentarisch. Für einen Teil der Selbständigen ist die Versicherungspflicht in der GRV bzw. in der Alterssicherung der Landwirte vorgesehen.¹⁰ Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versiche-

⁹ Der SAVE-Datensatz wurde durch ein multiples Imputationsverfahren imputiert, um Verzerrungen durch die Nichtbeantwortung bestimmter Fragen (Item-Nonresponse) zu vermeiden. Für die deskriptive Analyse wird nur der erste der fünf vollständig imputierten Datensätze untersucht (Schunk, 2008; Ziegelmeyer, 2009a).

¹⁰ Die Versicherungspflicht bei der GRV erstreckt sich kraft Gesetz unter gewissen Bedingungen auf Selbständige der folgenden Berufsgruppen: Künstler und Publizisten,

rung in der GRV für nicht obligatorisch abgesicherte Selbständige. Angehörige der „klassischen“ verkammerten Berufe sind in den Berufsständischen Versorgungswerken pflichtversichert.¹¹

Schaubild 1

Frage nach dem Berufsstand aus dem SAVE-Fragebogen 2008

19. Sind Sie und ist Ihr(e) Partner(in) zurzeit...

	Sie selbst	Ihr Partner/ Ihre Partnerin
Arbeiter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angestellter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landwirt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freiberufler	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gewerbetreibender oder sonstiger Selbständiger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mithelfender Familienangehöriger	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Trifft nicht zu, zurzeit in keiner Weise erwerbstätig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Um die Gruppe der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen mit der SAVE-Befragung zu rekonstruieren, wurden die Kategorien „Freiberufler“, „Gewerbetreibender oder sonstiger Selbständiger“ und „mithelfender Familienangehöriger“ zu einer – im Folgenden nur als „Selbständige“ bezeichneten – Gruppe zusammengefasst.¹² Landwirte wurden bewusst herausgelassen, da diese, obwohl selbständig, in der Alterssicherung der Landwirte ab einer gewissen Mindestgröße des Unternehmens pflichtversichert sind (Fachinger / Oelschläger / Schmähl, 2004, 36–37, Fußnote 73). Die von der Alterssicherung der Landwirte gewährten Leistungen sind den Leistungen der GRV ähnlich. Die Leistungen sind durchschnittlich allerdings geringer, da die Alterssicherung der Landwirte als Teilsicherung konzipiert wurde (Wirth, 2008).¹³

Die Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen wurde, obwohl nicht nach der Definition der amtlichen Statistik selbständig, zur Gruppe der Selbst-

Lehrer und Erzieher, Hebammen und Entbindungspfleger, Pflegepersonen, Küstenschiffer und Küstenfischer, Seelotsen, Hausgewerbetreibende, Handwerker sowie Existenzgründer (Flecken, 2008, 275–276).

¹¹ Kohlmeier (2009, 14–25) gibt einen detaillierten Überblick.

¹² In SAVE 2005 bis 2008 können die nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen nur nährungsweise ermittelt werden, da keine Frage eine trennscharfe Einteilung ermöglicht.

¹³ Ein weiterer Unterschied zur GRV besteht in den zusätzlichen agrarpolitischen Zielen der Landwirtschaftlichen Alterskasse, welche z. B. die Abhängigkeit der Gewährung von Altersrenten an die Abgabe des landwirtschaftlichen Unternehmens knüpfen. Zudem kommt der Bund für das strukturelle Defizit in der Alterssicherung der Landwirte auf.

ständigen hinzugefügt, da mithelfende Familienangehörige nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen, wenn ihnen kein oder kein regelmäßiges Arbeitsentgelt gezahlt wird, und daher ebenfalls die verstärkte Gefahr einer nicht ausreichenden Alterssicherung vorliegt.¹⁴ Die Einbeziehung der mithelfenden Familienangehörigen kann insbesondere deshalb gerechtfertigt werden, da ausschließlich mithelfende Partner, also nicht Kinder oder Eltern, berücksichtigt werden.¹⁵ Die mithelfenden Partner müssen also aus der gleichen selbstständigen Tätigkeit ihre Altersvorsorge bestreiten. Insofern sind sie zumindest bezogen auf die hier behandelte Fragestellung den „offiziell“ Selbständigen sehr ähnlich.

Von den 857.000 Selbständigen, die in den Freien Berufen¹⁶ in 2005 beschäftigt waren (IFB, 2005), waren etwa 335.375, d. h. ca. 39% (Kohlmeier, 2009, 22), in Berufsständischen Versorgungswerken versichert. Aus diesem Grund wurden aus der Kategorie Freiberufler all diejenigen ausgeschlossen, die angaben, voraussichtlich ein Alterseinkommen von einem Berufsständischen Versorgungswerk (BSV) zu beziehen.¹⁷ Auch in der Kategorie „Gewerbetreibender oder sonstiger Selbständiger“ besteht die Möglichkeit der Versicherung in der GRV. Laut der Statistik der Deutschen Rentenversicherung (Rentenversicherung in Zeitreihen 2008, 33) waren am Ende des Jahres 2006 etwa 10% der selbstständige Personen in der GRV pflichtversichert. Da die meisten selbstständig Tätigen eine Anwartschaft in der GRV erwarten,¹⁸ wurde hier

¹⁴ Ob ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis bei mithelfenden Familienangehörigen besteht ist teilweise schwierig abzugrenzen. Das abhängige Beschäftigungsverhältnis ist seinerseits wieder notwendig um die Sozialversicherungspflicht zu begründen. Für weitere Informationen siehe Knospe (2008, 110).

¹⁵ Die Auswertungen wurden auch auf Basis einer reduzierten Selbständigenstichprobe ohne die mithelfenden Familienangehörigen berechnet. Dies führt zu einer geringen Reduktion der Stichprobengröße. Die Ergebnisse ändern sich quantitativ minimal. Die gemachten qualitativen Aussagen gelten auch für diese veränderte Stichprobe. Auf Anfrage stellt der Autor die Auswertungen für die veränderte Stichprobe zur Verfügung.

¹⁶ Der Begriff der Freien Berufe schließt in der IFB-Statistik die freien Heilberufe, rechts-, wirtschafts- und steuerberatende Berufe, die freien Kulturberufe und die freien technischen und naturwissenschaftlichen Berufe als Hauptgruppen ein. Mehr dazu unter http://www.ifb.uni-erlangen.de/fs_freieberufe.htm.

¹⁷ Die ausgeschlossene Gruppe hat auch ein signifikant höheres individuelles Nettoeinkommen, was dafür spricht, dass es sich um Freiberufler wie Rechtsanwälte, Ärzte, Steuerberater usw. handelt, die in den jeweiligen berufsständischen Versorgungswerken abgesichert sind. So liegt das individuelle Nettoeinkommen im Median (Mittelwert) bei 27.000 €; (29.470 €) und somit um 12.646 € (7.706 €) höher als bei Freiberuflern, die keine Anwartschaft aus der BSV erwarten.

¹⁸ Bei den Kategorien „Gewerbetreibender oder sonstiger Selbständiger“ und „Freiberufler“ sind es 2006 auf individueller Ebene über 80%, die eine Anwartschaft aus der GRV erwarten. Dieser hohe Prozentsatz kommt wahrscheinlich dadurch zustande, dass viele aktuell selbstständig Tätige zu anderen Zeitpunkten in ihrer Erwerbshistorie abhängig beschäftigt waren.

keine Beschränkung der Kategorie „Gewerbetreibender oder sonstiger Selbständiger“ vorgenommen.¹⁹ Der dadurch entstehende Fehler ist allerdings klein.

Bei einigen Analysen ist ein Vergleich der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen mit einer Vergleichsgruppe sinnvoll. Hierfür wurden die obligatorisch in der GRV versicherten Arbeiter und Angestellten zu „abhängig Beschäftigten“ zusammengefasst.

Da sowohl das Einkommen als auch die Ersparnis und das Vermögen retrospektiv für das Ende des letzten Jahrs erfragt werden, muss beispielsweise die Angabe zum Berufsstand des Fragebogens 2006 mit dem Einkommen, der Ersparnis und dem Vermögen für 2006 aus dem Fragebogen 2007 „gepaart“ werden. Dies führt allerdings dazu, dass die Stichprobengröße sinkt. Zum einen geht ein Jahr des Panels verloren, zum anderen muss der Befragte des aktuellen Jahres auch im Folgejahr befragt worden sein. Die linke Hälfte von Tabelle 1 gibt einen Überblick über die zur Verfügung stehenden Beobachtungen auf Individualebene.

Tabelle 1

Anzahl der Beobachtungen von Selbständigen und abhängig Beschäftigten

Jahr	Individualebene		Haushaltsebene	
	Selbständiger	abh. Beschäftigter	Selbständiger	abh. Beschäftigter
2006	212	1284	100	658
2007	302	2057	163	1011
2008	269	1864	133	898
Total	783	5205	396	2567

Quelle: SAVE 2005–2008.

Jedoch ist der Blick auf das Individuum allein zu kurz gefasst, da er wichtige Ressourcen auf Haushaltsebene nicht berücksichtigt. Ferner liegen verschiedene Größen wie die Ersparnis oder das Vermögen im SAVE-Datensatz nur auf Haushaltsebene vor. Aus diesem Grund muss auf Haushaltsebene definiert werden, wann ein Haushalt als selbständig bzw. abhängig beschäftigt angesehen wird. Ein Haushalt gilt in dieser Annahme als selbständig tätig, wenn mindestens 50 % des Einkommens aus selbständiger Tätigkeit erzielt werden. Ein Haushalt ist ein abhängig beschäftigter Haushalt, wenn mindestens 50 % des Einkommens aus abhängiger Beschäftigung erwirtschaftet wird.²⁰ Dies

¹⁹ Weitere Anmerkungen zur Stichprobe befinden sich im Anhang C.

²⁰ Ist beispielsweise die befragte Person selbständig tätig und trägt 70 % zum Nettoeinkommen bei, wird der Haushalt als selbständig klassifiziert. Verdient ein abhängig beschäftigter Partner der befragten Person 85 % des Nettoeinkommens, so gilt der Haushalt als abhängig beschäftigt. Bei Fällen, in denen ein Haushalt sein Einkommen sowohl

bedeutet, dass der Berufsstatus des Haupteinkommensbeziehers über den Berufsstatus für den Haushalt entscheidet. Tabelle 1 zeigt, wie viele Beobachtungen in der Gruppe der Selbständigen und der abhängig Beschäftigten auf Individual- und Haushaltsebene über die Jahre enthalten sind.

5. Deskriptive Analysen

5.1 Vorsorgefähigkeit

Der erste Schritt besteht in der Analyse der Vorsorgefähigkeit. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Haushaltsebene gelegt, um die Ressourcen, die dem Partner zur Verfügung stehen, einzubeziehen. Vorsorgefähigkeit wird in diesem Falle anhand des aktuellen Nettoeinkommens gemessen, da üblicherweise aus dem Nettoeinkommen gespart wird.²¹ Eine bessere Evaluation der Vorsorgefähigkeit wäre mit dem „permanenten“ Einkommen möglich. Das SAVE-Panel eröffnet die Möglichkeit, zumindest das Durchschnittseinkommen über mehrere Jahre zu berechnen. Je mehr Jahre einbezogen werden können, desto mehr nähert sich das Durchschnittseinkommen dem „permanenten“ Einkommen an. Jedoch setzen die vier Jahre des unbalancierten SAVE-Panels und die eingeschränkte Stichprobengröße bestimmte Grenzen. Selbst die Konstruktion von „permanentem“ Einkommen aus dem Querschnitt durch die von King und Dicks-Mireaux (1982) eingeführte Methode hat schwerwiegende Nachteile, wie von Ziegelmeyer (2009b) beschrieben, und kommt daher nicht zur Anwendung. Abbildung 1 und Tabelle 2 zeigen verschiedene Statistiken zum durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen.

Auch wenn das Nettoeinkommen von Selbständigen und von abhängig Beschäftigten nur eingeschränkt miteinander vergleichbar ist, weil vom Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten bereits Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) abgezogen wurden und bei nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen nur die Steuern, hilft ein Vergleich, die später ermittelten Ergebnisse zur Vorsorgefähigkeit von Selbständi-

zu 50% aus abhängiger als auch zu 50% aus selbständiger Tätigkeit verdient, wurden diese Haushalte keiner der beiden Gruppen zugeordnet (53 Beobachtungen), um eine Überschneidung zu vermeiden.

Geht dagegen 50% des Einkommens auf eine selbständige bzw. abhängige Tätigkeit zurück und 50% des Einkommens auf andere Berufsgruppen, verbleiben diese Beobachtungen in der Stichprobe, da die oftmalige Angabe einer 50:50 Aufteilung des Einkommens zwischen dem Befragten und seinem Partner zum Verlust wertvoller Beobachtungen geführt hätte (Reduktion der Anzahl der Beobachtungen um 43 bei Selbständigen und 301 bei den abhängig Beschäftigten im Vergleich zu Tabelle 1).

²¹ In manchen Fällen wird auch aus dem Bruttoeinkommen gespart. Ein Beispiel dafür ist die Entgeltumwandlung für die betriebliche Altersvorsorge für abhängig Beschäftigte. Für Selbständige ist an dieser Stelle die Rürup-Rente zu nennen.

gen zu erklären. Der Vergleich wird anhand von vier verschiedenen Einkommensdefinitionen durchgeführt:

- a) Monatsnettoeinkommen auf individueller Ebene in 2006.²²
- b) Monatliches Nettoäquivalenzeinkommen auf individueller Ebene in 2006.²³
- c) Monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in 2006. Der Berufsstand des Haupteinkommensbeziehers entscheidet über den Berufsstand des Haushaltes.
- d) Äquivalenzgewichtetes Nettodurchschnittseinkommen über die Jahre 2005 bis 2007. Dabei musste ein Haushalt mindestens 2 Jahre beobachtet werden.²⁴

In Abbildung 1 sind für die vier Einkommensdefinitionen die Dichtefunktionen dargestellt. Zuerst fällt auf, dass Selbständige am linken Ende der Verteilung eine höhere Dichte aufweisen und dies, obwohl keine Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt wurden. Gerade der linke Bereich der Verteilung ist für die Beurteilung der Vorsorgefähigkeit entscheidend. Der Mittelwert des Monatsnettoeinkommens ist für Selbständige aber größer (Tabelle 2), was an der höheren Dichte von Beobachtungen am oberen Ende der Verteilung liegt. In Bezug auf Definition a) bis c) finden sich diese Ergebnisse auch für die Jahre 2005 und 2007 wieder, wobei in 2005 bei der Betrachtung der Haushaltesebene die Verteilungen von Selbständigen und abhängig Beschäftigten am unteren Ende enger beieinander liegen. Die Ergebnisse werden durch die bei Kohlmeier (2009, 112–114) durchgeführte Betrachtung des Bruttoeinkommens von Selbständigen und abhängig Beschäftigten in der EVS 2003 bestätigt. Sie stellt fest, dass es im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten relativ mehr Selbständige mit einem Bruttoeinkommen unter 1.100 € und über 4.500 € gibt.

Im Folgenden werden anhand verschiedener Kriterien diejenigen Selbständigen identifiziert, die aus ihrem aktuellen Nettoeinkommen nicht „adäquat“ für das Alter vorsorgen können.²⁵ Eine adäquate Vorsorge ist nach der

²² Zur Darstellung des aktuellen Nettoeinkommens wurde das Jahr 2006 ausgewählt, da es in der Mitte des Beobachtungszeitraumes von 2005 bis 2007 liegt und die größte Stichprobengröße aufweist (Tabelle 1).

²³ Das Haushaltsnettoeinkommen wird mit der Quadratwurzel der im Haushalt lebenden Personen skaliert. Diese Äquivalenzskalierung findet sich in neueren OECD Publikationen wieder (OECD, 2005).

²⁴ Zur Einteilung der Haushalte in selbständige und abhängig beschäftigte Haushalte wird die gleiche Definition angewendet wie am Ende des vierten Abschnitts, nur dass hier nicht das Einkommen aus einem Jahr zugrunde liegt, sondern aus allen verfügbaren Jahren. Eine Beschränkung der Stichprobe auf Haushalte, die in allen 3 Jahren beobachtet wurden, wurde wegen der geringen Stichprobengröße nicht vorgenommen.

²⁵ Dabei ist es schwer und zu einem gewissen Umfang arbiträr eine „adäquate“ Ersparnis für die Altersvorsorge zu definieren (Banks, 2005, Kapitel 6). Es ist allerdings von Bedeutung „adäquat“ von ökonomisch „optimal“ zu unterscheiden. So lösen unter anderem Scholz/Seshadri/Khitatrakun (2006) ein Nutzenmaximierungsproblem über den Lebenszyklus, um „optimale“ Konsum- und somit Sparentscheidungen abzuleiten.

hier gewählten Definition dann möglich, wenn das Nettoeinkommen eine bestimmte Grenze überschreitet.

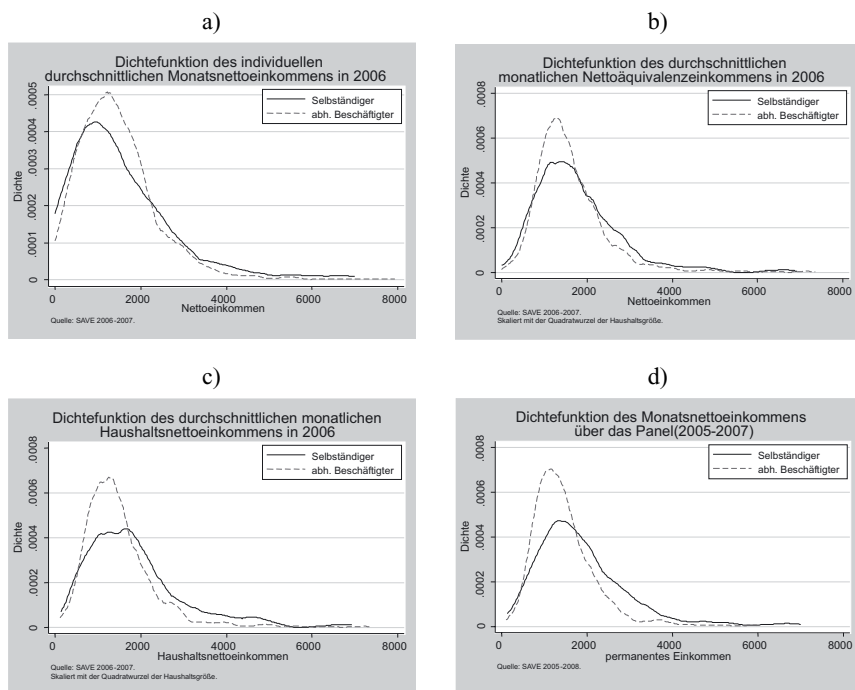


Abbildung 1: Vergleich des durchschnittlichen Monatsnettoeinkommens in 2006

- Eine Grenze bildet die absolute Armutsgrenze oder das soziokulturelle Existenzminimum, welches auf den tatsächlichen Verbrauchsausgaben basiert (absolute Armut).²⁶ Für die Jahre 2005–2007 beträgt das im fünften Existenzminsterbericht (2004) angegebene sächliche Existenzminimum 613 € pro Monat für einen Alleinstehenden.
- Eine andere Grenze ist die relative Armutsgrenze, die beispielsweise im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2008) – dort als relative Armutsrisikogrenze bezeichnet – 60% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens entspricht (relative Armut). Für diese Untersuchung wird das Medianeinkommen in Bezug auf die Stichprobe des jeweiligen Jahres berechnet und beschränkt sich nicht nur auf Selbstständige und abhängig Beschäftigte. Diese relative Armutsgrenze entspricht 60% des Medianeinkommens.

²⁶ Für verschiedene Möglichkeiten, Armut zu definieren, siehe Breyer/Buchholz (2007, 46 ff.).

Table 2

Vergleich des durchschnittlichen Monatsnettoeinkommens

	<i>N</i>	Mittel- wert	<i>p</i> 10	<i>p</i> 25	<i>p</i> 50	<i>p</i> 75
a) Einkommen in 2006 auf Individualebene						
abh. Beschäftigter	2057	1467	450	800	1320	1900
Selbständiger	302	1764	300	750	1255	2216
b) Einkommen in 2006 auf Individualebene unter Einbezug des Haushaltes						
abh. Beschäftigter	2057	1599	800	1061	1443	1925
Selbständiger	302	1927	750	1118	1533	2252
c) Einkommen in 2006 auf Haushaltsebene						
abh. Beschäftigter	1011	1511	700	970	1342	1789
Selbständiger	163	2048	707	1000	1732	2350
d) Einkommen über mind. 2 Jahre auf Haushaltsebene						
abh. Beschäftigter	883	1457	731	963	1312	1762
Selbständiger	120	2112	779	1179	1700	2462

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005 – 2008.

Fällt das Nettoeinkommen eines Individuums (Haushaltes) unter die relative / absolute Armutsgrenze, wird im Folgenden davon ausgegangen, dass das Nettoeinkommen des Individuums (Haushaltes) vollständig konsumiert wird. Jeder Euro des Nettoeinkommens, der über dieser Grenze liegt, wird per Annahme gespart. Dahinter steht die Idee, dass das Individuum zuerst in der Lage sein muss, seine Grundbedürfnisse zu stillen. Der Teil des Einkommens, der dann noch verbleibt, stünde zur Vorsorge für das Alter zur Verfügung. Doch welcher Betrag muss gespart werden, um das Individuum vor Altersarmut zu schützen? Definiert man den von der Grundsicherung im Alter zur Verfügung gestellten Betrag²⁷ als ausreichend zum Schutz vor Altersarmut, so muss das Individuum soviel von seinem Einkommen mindestens sparen, dass am Ende des Erwerbslebens genügend Vermögen vorhanden ist, um eine Annuität in der Höhe der Grundsicherung sicherzustellen. Anhang D geht auf die Berechnung eines sol-

²⁷ Die Grundsicherung im Alter setzt sich aus verschiedenen Leistungen zusammen und kann daher nach der derzeitigen Gesetzeslage variieren. So kommen zum maßgebenden Regelsatz nach dem SGB XII in erster Linie die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung hinzu. Aus diesem Grund wird die in der Beispielrechnung ausgewiesene Grundsicherungsleistung vor Einkommensberücksichtigung auf der Homepage der Deutschen Rentenversicherung in Höhe von 647 € im Jahr 2007/2008 für den Befragten als Rechnungsgrundlage genommen.

chen minimal nötigen Sparbetrages und die erforderlichen Annahmen ein. Dieser minimale Sparbetrag wird auf die relative/absolute Armutsgrenze addiert, um somit das minimale Einkommen zu erhalten, ab welchem eine ausreichende Sparfähigkeit vorliegt, die zumindest die Grundsicherung im Alter gewährleisten kann.

Tabelle 3 gibt eine Übersicht über die relativen und absoluten Armutsgrenzen mit und ohne den minimal nötigen Sparbetrag über die Jahre 2005–2007 für die Bezugsebenen a), b), c) und d) die bereits in Abbildung 1 und Tabelle 2 zur Anwendung gekommen sind. Kern der Tabelle 3 sind die Angaben über den Anteil der Selbständigen, die nicht in der Lage sind, das nötige monatliche Nettoeinkommen aufzubringen, damit eine adäquate Vorsorgefähigkeit vorliegt.

Die anschließend diskutierten Ergebnisse beziehen sich auf die Durchschnittswerte über die Jahre 2005–2007. In diesem Zeitraum liegen die individuellen Nettoeinkommen von etwa 27% aller Selbständigen unter der relativen Armutsgrenze. Dieser Anteil reduziert sich auf 14–15%, wenn man das äquivalenzgewichtete Einkommen auf Haushaltsebene betrachtet. Addiert man zur relativen Armutsgrenze noch die minimal nötige Ersparnis, dann erhöht sich der Anteil um etwa 6–7 Prozentpunkte. Nimmt man die absolute Armut als Maßstab, ist der Unterschied zur relativen Armutsgrenze auf individueller Ebene am geringsten: Mit 24% der Selbständigen auf individueller Ebene unter der absoluten Armutsgrenze liegt man hier etwa 3 Prozentpunkte unter dem Wert der relativen Armutsgrenze. Diese Differenz erhöht sich auf nahezu 10 Prozentpunkte, wenn man das äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen in Bezug auf Armutsgrenze mit Sparbetrag auswertet. Hier reduziert sich der Anteil von 21–22% der Selbständigen unter der relativen Armutsgrenze mit Sparbetrag auf etwa 11–12% unter der absoluten Armutsgrenze mit Sparbetrag. Dies zeigt auf, wie stark die Ergebnisse mit der Definition eines adäquaten Nettoeinkommens zur Altersvorsorge bzw. der Armutsdefinition schwanken können.

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, die Ressourcen eines Haushalts als Ganzes zu betrachten. Der Einbezug des äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens des gesamten Haushalts führt zu einer Reduktion der nichtvorsorgefähigen Selbständigen von etwa 12 Prozentpunkten für das relative Armutsmaß und gar 17 Prozentpunkten für das absolute Armutsmaß. Mit 11–12% für die absolute Armutsgrenze mit Ersparnis und 21–22% für die relative Armutsgrenze mit Ersparnis bleibt der Anteil Selbständiger, die selbst auf Haushaltsebene keine ausreichende Vorsorgefähigkeit aufweisen, auf hohem Niveau.

Tabelle 3

**Vorsorgefähigkeit (2005 – 2007) von Selbständigen auf Basis
des monatlichen Nettoeinkommens**

	relative Armut				absolute Armut			
	2005 – 2007	2005	2006	2007	2005 – 2007	2005	2006	2007
a) Individualebene								
Median		1190	1200	1170				
Armutsgrenze		714	720	702		613	613	613
+ min. Ersparnis		831	838	823		730	731	734
Wie viele Selbständige haben ein individuelles Nettoeinkommen, das nicht größer ist als								
Armutsgrenze	27,2 %	25,0 %	24,2 %	32,3 %	24,0 %	22,2 %	21,9 %	27,9 %
Armutsgrenze + min. Ersparnis	33,3 %	33,5 %	29,5 %	37,5 %	28,9 %	27,4 %	24,5 %	34,9 %
b) Individualebene unter Einbezug des Haushaltes								
Median		1328	1414	1414				
Armutsgrenze		797	849	849		613	613	613
+ min. Ersparnis		913	966	970		730	731	734
Wie viele individuell Selbständige, haben kein äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen, das größer ist als								
Armutsgrenze	14,3 %	12,3 %	13,9 %	16,4 %	6,5 %	6,1 %	5,6 %	7,8 %
Armutsgrenze + min. Ersparnis	20,7 %	17,5 %	21,2 %	22,7 %	11,4 %	10,8 %	10,6 %	12,6 %
c) Haushaltsebene								
Median		1255	1386	1392				
Armutsgrenze		753	831	835		613	613	613
+ min. Ersparnis		871	951	959		731	733	737
Wie viele „selbständige“ Haushalte haben ein äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen, das nicht größer ist als								
Armutsgrenze	14,9 %	12,0 %	16,6 %	15,0 %	7,1 %	7,0 %	6,7 %	7,5 %
Armutsgrenze + min. Ersparnis	21,7 %	16,0 %	23,9 %	23,3 %	11,9 %	12,0 %	11,7 %	12,0 %
d) Haushaltsebene (Betrachtung über mind. 2 Jahre)								
Median	1363							
Armutsgrenze	818				613			
+ min. Ersparnis	936				731			
Wie viele „selbständige“ Haushalte haben ein äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen, das nicht größer ist als								
Armutsgrenze	14,5 %				5,3 %			
Armutsgrenze + min. Ersparnis	20,4 %				11,2 %			

Das Medianeinkommen beschränkt sich nicht nur auf abhängig Beschäftigte und Selbständige, sondern bezieht alle anderen Gruppen mit ein.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005 – 2008.

5.2 Vorsorgebereitschaft

Der zweite Schritt in der Analyse beleuchtet die Bereitschaft der Individuen vorzusorgen. Diese Vorsorgebereitschaft wird anhand der Jahresersparnis gemessen²⁸ und folgt der Frage, in welchem Umfang Selbständige mehr sparen als abhängig Beschäftigte. Verschiedene deskriptive Statistiken tragen zu einer ersten Beantwortung der Frage bei. Ebenso wie das Nettoeinkommen ist die Jahresersparnis eine Momentaufnahme. Dennoch kann eine auf den Jahreszeitraum beschränkte Betrachtung wichtige Anhaltspunkte über das Sparverhalten der Selbständigen liefern.

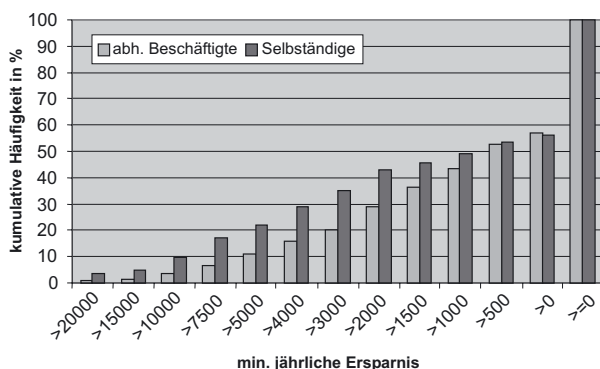


Abbildung 2: Kumulative Häufigkeitsverteilung der jährlichen Ersparnis (2005–2007)

Abbildung 2 zeigt die kumulative Häufigkeitsverteilung der jährlichen Ersparnis im Beobachtungszeitraum von 2005–2007. Es fällt auf, dass etwa 43–44% der abhängig Beschäftigten und der Selbständigen auf jährlicher Basis nicht sparen oder gar entsparen. Bei allen Sparbeträgen über 1.000 € finden sich mehr Selbständige, die mindestens diesen Betrag sparen. So sparen beispielsweise etwa 16% der abhängig Beschäftigten mehr als 4.000 € im Jahr, wohingegen etwa 29% der Selbständigen mehr als 4.000 € sparen.

Sparquoten über alle Einkommensgruppen

Der Bezug zum Einkommen wird durch die Sparquote darstellbar. Dabei wird ein weiterer Einkommensbegriff verwendet, der außergewöhnliche Ein-

²⁸ Die Frage in SAVE lautet: „Könnten Sie uns angeben, wie viel Geld Sie und Ihr(e) Partner(in) zusammen im „Vorjahr“ insgesamt gespart haben?“ Durch die Antwortkategorie „Trifft nicht zu, habe im „Vorjahr“ nichts angespart bzw. Ersparnisse aufgelöst“ werden keine negativen Ersparnisse zugelassen. Dabei ist allerdings fraglich, ob Selbständige Investitionen in ihr Betriebsvermögen mit berücksichtigen.

künfte mit einbezieht.²⁹ Die Sparquote an sich kann auf verschiedene Weise errechnet werden. Ein Weg besteht darin die Sparquoten auf individueller Ebene zu berechnen und dann den Mittelwert oder den Median dieser individuellen Sparquoten für die jeweilige Gruppe darzustellen. Dies sind die beiden ersten in Tabelle 4 gezeigten Sparquoten. Eine weitere Möglichkeit ist die Aufsummierung der Jahresersparnis der jeweiligen Gruppe, die wiederum durch das aufsummierte Jahreseinkommen geteilt wird. Letztes wird in Tabelle 4 als „Sparquote über Durchschnitte“ bezeichnet.

Tabelle 4
Haushaltssparquoten über Berufsgruppen (2005–2007)

	2005	2006	2007	2008
individuelle Durchschnittssparquoten				
abh. Beschäftigte	7,2% **	6,5% **	6,7% **	6,8% ***
Selbständige	10,7%	8,5%	9,7%	9,5%
individuelle Mediansparquote				
abh. Beschäftigte	3,2%	3,5%	2,8%	3,2%
Selbständige	5,0%	2,8%	3,6%	3,8%
Sparquote über Durchschnitte				
abh. Beschäftigte	8,1%	6,9%	7,5%	7,4%
Selbständige	11,5%	6,4%	9,8%	8,2%

Einkommen mit außergewöhnlichen Einkünften. t -test $H_0: MW_B < MW_S$; *: 10% Signifikanzlevel; **: 5%; ***: 1%.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005–2008.

Betrachtet man die Durchschnittswerte über 2005–2007, sparen Selbständige in Bezug auf die individuellen Durchschnittssparquoten mit 9,5% mehr als die abhängig Beschäftigten mit 6,8%. Der Unterschied von 2,7 Prozentpunkten ist signifikant zum 1%-Niveau. Bei der individuellen Mediansparquote reduziert sich die Differenz auf 0,6 Prozentpunkte. Die Mediansparquote von 3,8% für die Selbständigen zeigt durch den Vergleich zum Mittelwert eine linksschiefe Verteilung an. Die Sparquote über Durchschnitte für die Selbständigen liegt bei 8,2% und bei 7,4% für die abhängig Beschäftigten. Die Sparquoten für beide Gruppen mögen auf den ersten Blick niedrig erschei-

²⁹ Das hier verwendete Einkommen errechnet sich aus dem mit 12 multiplizierten durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen zuzüglich außergewöhnliche Einkünfte wie Erbschaften eines Geld- oder Kapitalbetrages, Schenkungen, Lotteriegewinne, einmalige Gewinnausschüttungen, Vermögensausgleich im Scheidungsfall, Einkommenssteuerrückzahlung und sonstige einmalige Geld- oder Kapitaleinkünfte.

nen. Dies liegt daran, dass das Einkommen im Nenner außergewöhnliche Einkünfte mit einbezieht. Tabelle 14 im Anhang E zeigt daher die Berechnung der Sparquoten ohne Berücksichtigung von außergewöhnlichen Einkünften. Die Sparquoten steigen in diesem Fall nicht nur an, auch die Differenz zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten wird größer. Der Grund dafür liegt in der Tatsache begründet, dass Selbständige im Schnitt höhere außergewöhnliche Einkünfte aufweisen als abhängig Beschäftigte.

Bisher war die Betrachtung auf Jahresbasis beschränkt. Eine Betrachtung über mehrere Jahre ist unter Ausnutzung des Panels möglich. Tabelle 5 zeigt verschiedene Sparquoten für abhängig Beschäftigte und Selbständige, von denen für erstere Betrachtung mindestens 2 Jahre an Beobachtungen vorhanden sind und für letztere Betrachtung alle 3 Jahre. Während sich die Sparquoten über die Durchschnitte der jährlichen Betrachtung in Tabelle 4 durch die Stichprobenbegrenzung bei den Panelparquoten von 8,2% auf 6,8% reduziert, steigt im Gegensatz dazu die Mediansparquote von 3,8% über 6,4% auf 7,2% für die Selbständigen an (Tabelle 5). Für die abhängig Beschäftigten fällt der Anstieg auf lediglich 4,3% bei den Beobachtungen über alle drei Jahre weniger stark aus. Dies bedeutet, dass Haushalte, die in einem Jahr nichts oder nur sehr wenig sparen, in einem anderen Jahr mehr sparen. Ein solches Verhalten kann optimal sein und sich aus Anschaffungen dauerhafter Konsumgüter sowie Einkommensschwankungen ergeben. Auch reduziert sich die Anzahl der Haushalte, die nicht sparen bzw. entsparen, von 44% der Selbständigen auf jährlicher Basis auf nur noch 15,2% in dem betrachteten Dreijahreszeitraum. Bei abhängig Beschäftigten reduziert sich der Anteil von etwa 43% auf 20%. An dieser Stelle besteht jedoch auch die Problematik eines Selektionsprozesses, der darauf beruht, dass nur die erfolgreichen Selbständigen „überleben“ und daher vermehrt über einen Zeitraum von 3 Jahren als Selbständige identifiziert werden.

Tabelle 5

Haushaltssparquoten im Panel (2005 – 2007)

	Obs	individuelle DurchschnittsSQ	individuelle MedianSQ	SQ über Durchschnitte	Ersparnis ≤ 0
mindestens 2 Jahre ***					
abh. Beschäftigte	883	6,7%	4,0%	7,5%	24,7%
Selbständige	120	9,0%	6,4%	7,5%	25,0%
3 Jahre ***					
abh. Beschäftigte	501	7,0%	4,3%	7,8%	20,2%
Selbständige	66	10,4%	7,2%	6,8%	15,2%

Einkommen mit außergewöhnlichen Einkünften. t -test $H_0: MW_B < MW_S$; *: 10% Signifikanzlevel; **: 5%; ***: 1%.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005 – 2008.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass ein Großteil der Selbständigen im Durchschnitt mehr spart als die abhängig Beschäftigten, vernachlässigt man die „Quasi-Ersparnis“ der abhängig Beschäftigten durch den Erwerb von GRV-Anwartschaften. Um eine Aussage darüber zu treffen, ob die zusätzliche Ersparnis der Selbständigen ausreicht, die nicht erworbenen Anwartschaften in einem obligatorischen Altersversicherungssystem auszugleichen, sind Angaben über das sozialversicherungspflichtige Bruttoeinkommen nötig, die in SAVE leider nicht vorliegen.³⁰

Einkommensspezifische Sparquoten

Doch welche Rolle spielt das Einkommen und wie verändert sich die Sparquote über verschiedene Einkommensklassen? In Tabelle 6 sind verschiedene Sparquoten über unterschiedliche Haushaltsnettoeinkommensklassen abgetragen. Die Sparquoten werden wie in Tabelle 5 über mindestens 2 Jahre berechnet. Für abhängig Beschäftigte erstreckt sich die Spannweite der Mediansparquote von 2,1 % für die Haushaltsnettoeinkommensklasse kleiner gleich 1.000 € bis 8,3 % in der obersten Einkommensklasse von über 4.000 €. Für die Selbständigen fällt die Spannweite der Mediansparquote von 0 % bis 13,5 % noch stärker aus. Eine ähnliche Entwicklung ist bei dem Mittelwert der Sparquote über die Einkommensklassen hinweg zu beobachten, auch wenn der Anstieg der Sparquoten über die Einkommensklassen nicht so kontinuierlich verläuft wie beim Median. Auch die Anzahl der Haushalte, die nicht sparen oder gar entsparen, reduziert sich bei den Selbständigen von 75 % in der untersten Einkommensklasse auf 8 % in der obersten Einkommensklasse. Es fällt auf, dass bis zu einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 € die Selbständigen sowohl eine geringere Mediansparquote haben als auch einen größeren Anteil an Haushalten aufweisen, die keine positive Ersparnis haben. Dieses Bild dreht sich ab einem Einkommen von 2.000 € um und wird vor allem in der Mediansparquote deutlich.

Diese Ergebnisse zeigen, dass Selbständige vor allem in den unteren Einkommensklassen Schwierigkeiten haben vorzusorgen, was mit dem geringen Einkommen und der damit fehlenden Vorsorgefähigkeit einhergeht. Abmildernd wirkt die Tatsache, dass in den Einkommensklassen bis 2.000 € etwa 30 % aller Selbständigen enthalten sind, im Gegensatz zu etwa 48 % der abhängig Beschäftigten.

³⁰ Hochrechnungen vom Nettoeinkommen auf das Bruttoeinkommen sind zwar möglich, jedoch nicht ohne weitgehende Annahmen durchzuführen. Aus diesem Grund wurde auf die Hochrechnung verzichtet.

Tabelle 6

Haushaltssparquoten über Einkommensklassen im Panel (2005–2007)

Haushaltsnetto- einkommen	abhängig Beschäftigte				selbständig Tätige			
	Mittel- wertSQ	Median SQ	SQ < = 0	Obs in %	Mittel- wertSQ	Median SQ	SQ < = 0	Obs in %
< = 1000 €	6,0%	2,1%	45%	9,6%	5,1%	0,0%	75%	6,7%
1001 €–1500 €	4,8%	2,2%	34%	17,2%	7,7%	1,3%	50%	10,0%
1501 €–2000 €	6,3%	3,6%	25%	20,7%	5,2%	3,1%	31%	13,3%
2001 €–2500 €	6,3%	4,4%	24%	18,8%	6,2%	6,0%	30%	16,7%
2501 €–3000 €	6,3%	4,3%	16%	14,7%	9,5%	7,0%	21%	15,8%
3001 €–4000 €	8,9%	6,1%	16%	12,0%	11,7%	8,3%	5%	17,5%
> 4000 €	11,9%	8,3%	8%	6,9%	12,9%	13,5%	8%	20,0%

Beschränkung auf Selbständige und abh. Beschäftigte, von denen mindestens 2 Beobachtungen vorliegen. Die berechneten Sparquoten beziehen alle beobachteten Jahre für den jeweiligen Haushalt mit ein.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005–2008.

Gründe für eine fehlende Vorsorgebereitschaft

Die fehlende, an der Ersparnis gemessene Vorsorgebereitschaft kann durch die fehlende Vorsorgefähigkeit allein nicht erklärt werden, denn auch in den höheren Einkommensklassen gibt es Selbständige, die nur geringe positive oder gar negative Sparquoten aufweisen. Besonders erstrebenswert ist es daher, den Einfluss verschiedener von der Theorie als wichtig erachteter Faktoren für eine fehlende Sparbereitschaft wie nicht ausreichendes Finanzwissen, eine starke Diskontierung zukünftigen Konsums zusätzlich zum ungenügenden Einkommen herauszuarbeiten. Ebenfalls hilfreich ist ein direkter Vergleich der Sparquote eines Selbständigen zu einem abhängigen Beschäftigten mit ansonsten gleichen Eigenschaften. Dies würde es ermöglichen, den Effekt der Nichtabsicherung in der obligatorischen Altersvorsorge zu identifizieren.

In Tabelle 7 werden verschiedene ausgewählte Merkmale von abhängig beschäftigten Haushalten mit selbständigen Haushalten verglichen. Die Population der Selbständigen unterscheidet sich stark von den abhängig Beschäftigten. Selbständige sind signifikant älter, die befragten Personen in selbständigen Haushalten sind öfters männlich, besser gebildet und haben ein höheres Finanzwissen. Das Haushaltseinkommen, die Einkommensvarianz, aber auch das erwartete Einkommenswachstum sind für selbständige Haushalte größer als für abhängig Beschäftigte. Auch weisen die befragten Personen der selbständigen Haushalte eine signifikant höhere Risikobereitschaft bezüglich der Karriere auf als auch eine höhere Selbstsicherheit. Beide letztgenannten Aspekte wurden durch eine subjektive Messung erhoben.

Tabelle 7

**Vergleich verschiedener Charakteristika von abhängig Beschäftigten
und Selbständigen in 2006**

	abh. Beschäftigte		t-test	Selbständige	
	N	1.011		N	163
	Mittelwert	SD		Mittelwert	SD
Soziodemographische Variablen					
Partner	66,9%	0,47		72,4%	0,45
Haushaltsgröße	2,7	1,30		2,7	1,18
Alter	42,1	11,86	***	46,8	12,11
Alter – Partner	43,8	10,84	***	47,0	11,35
Weiblich	61,6%	0,49	***	47,2%	0,50
Osten	27,2%	0,45		30,7%	0,46
Ausländer	2,9%	0,17		3,7%	0,19
guter Gesundheitszustand	67,4%	0,47		61,3%	0,49
Bildung					
Bildungsjahre > 15 Jahre	26,2%	0,44	***	46,6%	0,50
Bildungsjahre > 15 Jahre – Partner	21,2%	0,41	**	29,4%	0,46
Financial Literacy Index ^{a)}	2,5	0,72	***	2,6	0,63
Haushaltseinkommen					
Nettoeinkommen	2.320	1.380	***	3.114	2.571
außergewöhnliche Einkünfte	3.589	17.405		4.816	402.354
Einkommensvarianz	30,7%	0,46	**	40,5%	0,49
erw. Einkommenswachstum	27,7%	0,33	***	35,9%	0,34
erw. hohes Erbe	4,8%	0,16		7,2%	0,20
Persönlichkeitsmerkmale					
Risikobereitschaft bzgl. Karriere	3,4	2,88	**	4,0	3,10
Optimismus	6,6	2,27		6,9	2,53
Selbstsicherheit	6,5	2,25	*	6,8	2,20

Die Definition von abh. beschäftigt oder selbständig bezieht sich auf die Haushaltsebene. t-test H_0 : $MW_B = MW_S$; *: 10% Signifikanzlevel; **: 5%; ***: 1%. ^{a)} ausgewertet für 2007.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005 – 2007.

Der Grund für diese deutliche Differenz ist die Selbstselektion in die Berufsgruppe. Die Variablen, die diesen Selbstselektionsprozess antreiben, be-

einflussen sowohl zu erklärende Variablen wie Jahresersparnis oder Vermögen als auch erklärende Variablen wie Einkommen, Bildung und Finanzwissen. Diese Endogenitätsprobleme machen eine echte Identifikation der Effekte von Einkommen, Diskontierung und Finanzwissen auf die Ersparnis oder das Vermögen ohne geeignete Instrumente unmöglich.

5.3 Vorsorgeniveau

Abschließend wird das Vorsorgeniveau als Ergebnis von Vorsorgefähigkeit und Vorsorgebereitschaft der Vergangenheit betrachtet. Abbildung 3 zeigt das Vorsorgeniveau gemessen anhand des Nettogesamtvermögens³¹ eines Haushaltes mittels der kumulativen Häufigkeitsverteilung in 2006. Während nur etwa 8% der abhängig Beschäftigten ein Nettogesamtvermögen von über 400.000 € besitzen, haben knapp 23% der Selbständigen mindestens ein Vermögen von über 400.000 €. 47% der abhängig Beschäftigten haben ein Nettogesamtvermögen von über 50.000 €, wohingegen es bei den Selbständigen 67% sind. Tabelle 8 zeigt in der letzten Zeile, dass etwa 79% der abhängig Beschäftigten und 87% der Selbständigen ein positives Nettogesamtvermögen besitzen. Dies liegt bei einem allerdings unkonditionierten Mittelwert von etwa 470.000 €; für Selbständige etwa dreimal so hoch wie bei abhängig Beschäftigten mit etwa 148.000 €. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Selbständige über die Nettogesamtvermögensverteilung hinweg ein größeres Nettogesamtvermögen besitzen als abhängig Beschäftigte.

Bei nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen liegt die Vermutung nahe, dass hier ein großer Teil der Ersparnis in das Altersvorsorgevermögen fließt. Tabelle 8 spaltet das Nettogesamtvermögen in seine Einzelbestandteile auf. Die erste Zahlenspalte zeigt den unkonditionierten Mittelwert, der auch Haushalte mit einbezieht, die diese Vermögensklasse nicht besitzen. Daran anschließend folgt der Anteil derjenigen Haushalte, die diese Vermögenskategorie besitzen sowie Mittelwert und Median, die auf die Anlage in der Vermögenskategorie konditioniert sind.

Während der Anteil der Haushalte mit *Finanzvermögen* bei den Selbständigen mit 71,2% etwa gleich hoch ist wie bei den abhängig Beschäftigte mit 73,7%, weisen Selbständige mit einem konditionierten Median von 22.353 € und einem konditionierten Mittelwert von 56.895 € in beiden Größen etwa ein doppelt so hohes Finanzvermögen auf wie abhängig Beschäftigte.

³¹ Dabei enthält das Nettogesamtvermögen das Geldvermögen (Spareinlagen, Bausparverträge, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien(-fonds) und Immobilienfonds, sonstige Wertpapiere), Vermögen für die betriebliche und private Altersvorsorge, Immobilieneigentum, Betriebsvermögen, sonstiges Vermögen (Schmuck, Antiquitäten, ...), abzüglich Kredite und Hypotheken.

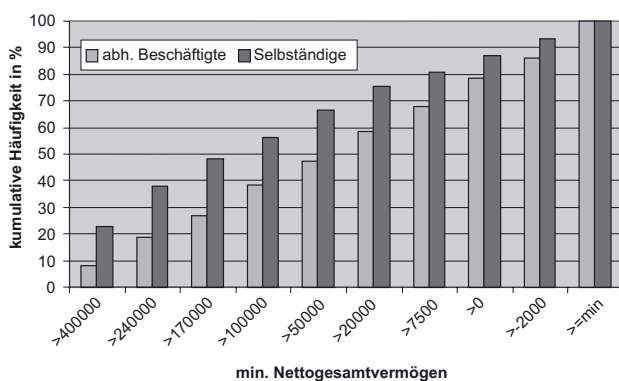


Abbildung 3: Kumulative Häufigkeitsverteilung des Nettogesamtvermögens in 2006

50,7% der abhängig Beschäftigten und 66,9% der Selbständigen verfügen über *Nettorealvermögen*, welches sich aus Immobilienvermögen ohne Betriebsvermögen abzüglich der Hypotheken errechnet. Selbständige, die Netto-realvermögen besitzen, haben dabei im Median ein Vermögen von 179.325 € und im Mittelwert von 315.417 €. Dabei weisen die konditionierenden Mediane mit einem Unterschied zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten von etwa 30.000 € einen weitaus geringeren Unterschied auf als die konditionierenden Mittelwerte, die etwa 125.000 € auseinander liegen.

Beachtenswert ist auch das jeweilige *Altersvorsorgevermögen*. Für beide Berufsgruppen sind die Anteile der Haushalte, die Altersvorsorgevermögen halten, mit 67–68% annähernd gleich. Mit einem konditionierenden Median von 20.000 € liegen die Selbständigen genau 10.000 € über dem der abhängig Beschäftigten. Beim Mittelwert von etwa 35.000 € für Selbständige ist der Unterschied leicht größer. Berechnet man nun den Anteil des Altersvorsorgevermögens am Nettogesamtvermögen anhand des unktionierten Mittelwertes, so stellt das Altersvorsorgevermögen mit nur 5% einen sehr geringen Anteil am Nettogesamtvermögen dar. Dies bedeutet, dass Selbständige nicht primär in Altersvorsorgeprodukte zur Altersvorsorge investieren, sondern dies über ein höheres Finanz-, Netto-real- oder / und Betriebsvermögen abgefangen wird.

Die klassische Lebensversicherung hat dabei unter den Altersvorsorgeprodukten mit 51% für die Selbständigen den höchsten Verbreitungsgrad. Mit 25% folgt die private nicht staatlich geförderte Rentenversicherung. Mit einem Verbreitungsgrad von bisher 17% schließen sich Anwartschaften aus der staatlich geförderten Altersvorsorge an und das Schlusslicht bildet für die Selbständigen die betriebliche Altersvorsorge, die im bisherigen Erwerbsverlauf als abhängig Beschäftigter erworben werden musste. Bei der Höhe der Ansprüche liegt im konditionierten Median die Lebensversicherung mit 20.000 € vor der

Tabelle 8: Aufteilung des Nettogesamtvermögens in einzelne Vermögensklassen in 2006

	abhängig Beschäftigte				Selbständige			
	Mittelwert ^{UC}	Anteil*	Mittelwert ^C	Median ^C	Mittelwert ^{UC}	Anteil*	Mittelwert ^C	Median ^C
Finanzvermögen	17.946	73,7%	24.354	10.582	40.490	71,2%	56.895	22.353
Nettorealvermögen (ohne BV)	94.112	50,7%	190.804	150.000	207.518	66,9%	315.417	179.325
Altersvorsorgevermögen	14.606	67,8%	21.557	10.000	23.628	66,9%	35.334	20.000
davon: Lebensversicherung	8.818	45,2%	19.507	10.000	16.076	50,9%	31.570	20.000
Betriebl. Altersvorsorge	3.762	27,2%	13.831	6.000	3.349	12,9%	25.991	14.000
Riester / Rürup (st. gefördert)	511	27,2%	1.877	1.060	248	17,2%	1.444	789
private RV (nicht st. gefördert)	1.516	15,6%	9.701	5.132	3.956	25,2%	15.727	10.000
sonstige Schulden	5.310	31,4%	16.935	10.000	7.143	29,4%	24.257	12.000
Betriebsvermögen (BV)	26.623	3,3%	815.621	20.000	206.000	28,2%	729.815	54.000
Nettogesamtvermögen**	147.977	78,6%	191.901	96.378	470.492	87,1%	543.791	202.000

^{UC} = unkonditionierter Mittelwert; ^C = auf Besitz konditionierter Mittelwert und Median; * Anteil der Haushalte, die die entsprechende Vermögenskategorie besitzen; ** Beim Nettogesamtvermögen bezieht sich die Anteilsangabe auf den Besitz eines positiven Nettogesamtvermögens (> 0 €).

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2006–2007.

betrieblichen Altersvorsorge mit 14.000 € und der privaten nicht staatlich geförderten mit 10.000 €. Weit abgeschlagen ist dahinter die staatlich geförderte Altersvorsorge mit knapp 800 € im konditionierten Median.

Die Position sonstige *Schulden*, die sich aus Konsum-, Familien- und Bildungskrediten zusammensetzt, kommt bei Selbständigen und abhängig Beschäftigten mit um die 30 % ähnlich häufig vor. Beim konditionierten Median liegen Selbständige mit 12.000 € recht nahe an den abhängig Beschäftigten mit 10.000 €.

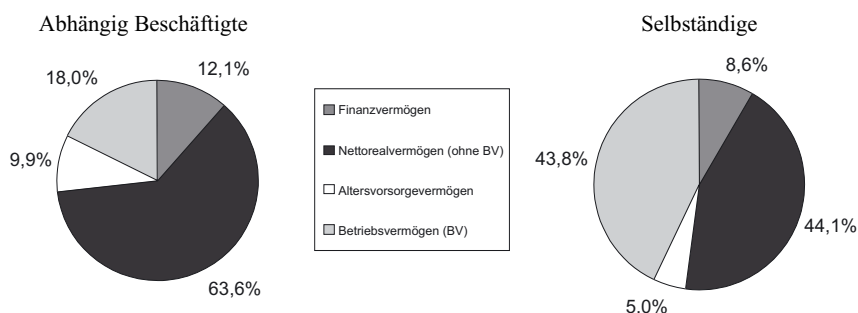
Große Unterschiede gibt es wie zu erwarten beim *Betriebsvermögen*. Während 3,3 % der als abhängig beschäftigt klassifizierten Haushalte Betriebsvermögen besitzen, geben 28,2 % der selbständigen Haushalte an, Betriebsvermögen zu haben. Dieser geringe Anteil für Selbständige resultiert aus der Beschränkung von Betriebsvermögen durch die in SAVE gestellte Frage.³² Die konditionierenden Mittelwerte liegen dagegen bei diesen Größenordnungen mit etwa 730.000 € für Selbständige und 816.000 € für abhängig Beschäftigte recht nahe beieinander. Der konditionierte Median ist bei den Selbständigen mit 54.000 € höher als bei den abhängig Beschäftigten mit 20.000 €.

Anschließend kann über die *Vermögensaufteilung* von Selbständigen festgehalten werden (Abbildung 4), dass der größte und wichtigste Teil mit einem Anteil von knapp über 44 % im unkonditionierten Mittelwert das Nettorealvermögen ist. An zweiter Stelle kommt, obwohl für nur 28 % der Selbständigen relevant, wegen seiner hohen Beträge, das Betriebsvermögen mit knapp unter 44 %. Das Finanzvermögen macht für die Selbständigen etwa 9 % und das Altersvorsorgevermögen nur 5 % aus (allein die private Altersvorsorge macht 4,3 % aus).³³ Stellt man dies den abhängig Beschäftigten gegenüber, so ist auch hier mit knapp 64 % das Nettorealvermögen der wichtigste Teil. Mit 18 % folgt das Betriebsvermögen und 12 % das Finanzvermögen. Interessant ist der Umstand, dass für abhängig Beschäftigte das in Altersvorsorgeprodukte angelegte Altersvorsorgevermögen mit 10 % das Doppelte zum unkonditionierten Mittelwert des Nettogesamtvermögens beiträgt als für Selbständige mit lediglich 5 %. Somit scheinen verschiedene Altersvorsorgeprodukte für Selbständige nur eine geringe Attraktivität zu haben. Dies kann daran liegen, dass sich beispielsweise durch Investitionen in den eignen Betrieb weitaus höhere Renditen erwirtschaften lassen. Ein anderer Grund liegt in der Inflexibilität der meisten Altersvorsorgeprodukte. Selbst Kapitallebensversicherun-

³² Frage 106 im SAVE-Fragebogen 2007 lautet: „Besitzen Sie bzw. Ihr(e) Partner(in) Betriebsvermögen? Hierunter verstehen wir gewerblich genutzte Gebäude und Grundstücke sowie Anteile an einem Unternehmen, etwa an einer GmbH. Nicht gemeint sind hier Aktien.“ Es wird nicht nach Ausrüstung (Werkzeuge, Maschinen usw.) und Arbeitsmaterialien gefragt.

³³ Diese Prozentzahlen addieren sich zu 100 % plus des Anteils der sonstigen Schulden am Nettogesamtvermögen.

gen sind durch die Länge ihrer Laufzeit und die am Anfang anfallenden Abschlusskosten ein wenig flexibles Finanzinstrument. Gerade das Vorsichtsparmotiv, das Vererbungsmotiv und das Altersvorsorgemotiv beeinflussen sich gegenseitig stark (Ziegelmeyer, 2009b). Treten im Alter unvorhergesehene Ereignisse auf, so kann das Altersvorsorgevermögen oder auch das mögliche Erbe reduziert werden, um den unvorhergesehenen Ereignissen zu begegnen. Kommt man umgekehrt ohne unvorhergesehene Ereignisse wie beispielsweise Gesundheitsprobleme durch das Alter, kann das Vermögen für unvorhergesehene Ereignisse auf das Altersvorsorgevermögen und das zu vergebende Erbe aufgeteilt werden. Ist jedoch das Altersvorsorgevermögen an den Zweck der Altersvorsorge gebunden, schränkt dies die Flexibilität des Vermögens zwischen diesen drei Sparmotiven stark ein.



Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2006–2007.

Abbildung 4: Anteile der einzelnen Vermögensklassen am mittleren Nettogesamtvermögen

Die bisherige Betrachtung schließt die Zweite und Dritte Säule des Rentensystems mit ein. Die Erste Säule, d. h. die Anwartschaften, die in der obligatorischen Altersvorsorge erworben wurden, bleiben außer Betracht. Tabelle 9 zeigt die Angaben über *erwartete Alterseinkommen* auf Individualebene für 2006. Die Frage lässt zu, dass auch noch in der Zukunft erworbene Anwartschaften mitberücksichtigt werden.³⁴ Leider liegen in diesem Fall nur Ja/Nein Antworten vor, so dass die Höhe der Anwartschaften unbekannt bleibt.

Etwa 98% der Arbeiter und 95% der Angestellten erwartet ein Alterseinkommen aus der GRV. Beachtung verdient auch, dass 80–81% der Selbständigen und Freiberufler Anwartschaften in der GRV erwarten, die sicher zu einem großen Teil aus Zeiten abhängiger Beschäftigung vor der Aufnahme der selbständigen Tätigkeit herrühren. Angaben, dass keine Alterseinkommen zukünftig

³⁴ Die entsprechende Frage aus dem SAVE Fragebogen lautet: „Welche der aufgeführten Arten von Alterseinkommen werden Sie und Ihre(e) Partner(in) voraussichtlich im Alter beziehen?“

tig bezogen werden, sind mit unter einem Prozent für Selbständige und Freiberufler wie auch für alle anderen Gruppen außer bei den Nichterwerbstätigen sehr gering. Die Zahlen über erwartete Alterseinkommen aus Kapitallebensversicherung liegen unter den Werten zum aktuellen Besitz von Kapitallebensversicherungen von 51 % aus Tabelle 8. Dies liegt daran, dass nur ein Teil der Kapitallebensversicherungen zur Altersvorsorge genutzt wird. Die Prozentsätze für eine private Rentenversicherung liegen vor allem für die Selbständigen mit knapp 46 % in Tabelle 9 über den aktuellen Werten von 37 % (Kategorien staatlich und nicht staatlich geförderte Altersvorsorge aus Tabelle 8). Dies kann als Indiz gesehen werden, dass Selbständige im späteren Teil ihres Lebens noch Anwartschaften in diesen Bereichen erwerben möchten, geht aber auch auf die Konstruktion der Gruppe der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen zurück, die in dieser Arbeit verwendet wird.

Tabelle 9
**Erwartete Alterseinkommen nach Berufsgruppen
auf Individualebene in 2006³⁵**

Alterseinkommen	Arbeiter	Angestellter	Beamter	Landwirt	Freiberufler	Selbständiger	Mith. Fam.angehöriger	nicht erwerbstätig	Total
Personen	816	1625	224	12	113	222	33	901	3946
in %	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon (in %):									
GRV	98,4	95,1	10,7	75,0	80,5	80,6	100,0	91,3	88,9
ZÖD	9,2	20,9	11,6	8,3	5,3	1,8	3,0	4,2	12,4
BAV	16,2	20,2	0,4	16,7	7,1	10,8	3,0	4,9	13,7
BV	0,2	0,9	92,4	0,0	0,9	0,9	3,0	3,0	6,5
AdL	0,4	0,1	0,0	58,3	0,0	0,0	3,0	0,1	0,3
BSV	0,1	1,7	0,4	0,0	22,1	3,6	0,0	0,2	1,6
KLV	26,3	30,8	28,6	25,0	35,4	42,8	33,3	14,9	26,9
PRV	31,1	41,3	23,2	16,7	31,9	45,5	30,3	23,8	34,0
sonst. Alterseinkommen	3,2	5,0	1,8	8,3	14,2	10,4	6,1	2,9	4,5
nichts davon	0,4	0,1	0,0	0,0	0,9	0,5	0,0	2,0	0,6

Bemerkung: Rentner ausgeschlossen, da an diese die Frage nicht gestellt wurde.

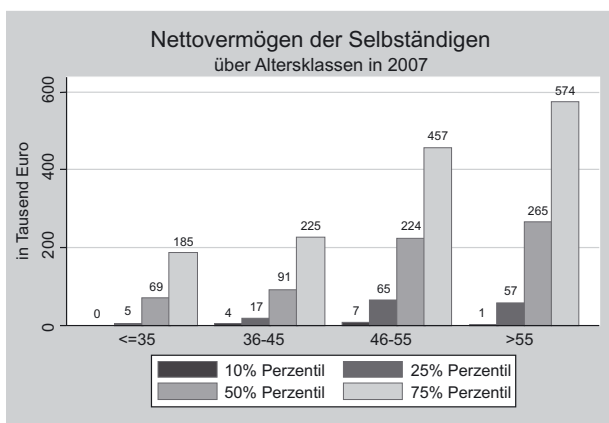
Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2006.

Im bisher gezeichneten Bild des Nettogesamtvermögens für Selbständige wurden wichtige Aspekte noch nicht beleuchtet. Zum einen kann ein Teil des

³⁵ Beschreibung der Abkürzungen: Erste Säule: GRV(Gesetzliche Rentenversicherung), BV (Beamtenversorgung), AdL (Altersicherung für Landwirte), BSV (berufständische Versorgung für Angehörige der verkammerten Freien Berufe); Zweite Säule: ZÖD (Zusatzversorgung öffentlicher Dienst), BAV (betriebliche Altersvorsorge in der Privatwirtschaft); Dritte Säule: KLV (Kapitallebensversicherung), PRV (Private Rentenversicherung, auch Riester- und Rürup-Renten).

höheren Vermögens der Selbständigen auf ihr höheres durchschnittliches Alter zurückzuführen sein (siehe Tabelle 7). Zum anderen beschränkte sich die bisherige Betrachtung auf Besitz einer Anlageklasse, Mittelwert und Median. Abbildung 5 schließt diese Lücke, indem über unterschiedliche Altersklassen verschiedene Nettogesamtvermögensperzentile in 2007 abgetragen werden.

Der Median des Nettogesamtvermögens steigt von 69.000 € für die Altersgruppe unter 36 Jahre bis hin zu 265.000 € für die über 55-Jährigen. Betrachtet man das 25 % Perzentil von 57.000 € zum 75 % Perzentil von 574.000 € für die über 55-Jährigen, so fällt die starke Ungleichverteilung des Nettogesamtvermögens auf.



Selbständige wurden über das Panel identifiziert.

Quelle: SAVE 2005 – 2008.

Abbildung 5: Nettogesamtvermögen
über Altersklassen der befragten Person in 2007

An dieser Stelle wird auf eine einfache Vergleichsrechnung zurückgegriffen, um die Frage zu beantworten, inwieweit Selbständige ohne die Berücksichtigung der Anwartschaften aus der Ersten Säule in der Lage sind, aus ihrem bereits erworbenen Vermögen eine Annuität zu finanzieren, die die Grundversicherung im Alter sicherstellt. Eine solche Rechnung ist nur für die älteste Altersklasse von über 55 Jahren sinnvoll, da in diesem Fall die Möglichkeiten das Vermögen stärker durch ein verändertes Spar- und Arbeitsverhalten zu verändern eher begrenzt sind als für jüngere Altersklassen. Greift man auf die gleichen Annahmen zurück wie bei der Berechnung des minimalen Sparbetrages im Abschnitt 5.1 und im Anhang D, kommt man bei Männern im Alter von 65 Jahren auf einen Vermögensbedarf von 111.417 €, wenn eine reale Annuität von 647 € pro Monat bis ans Lebensende bezogen werden soll.

Bei Frauen erhöht sich dieser Betrag durch die höhere Lebenserwartung auf 131.418 €. Dies stellt auch den Vermögensbedarf von Einpersonenhaushalten dar. Zweipersonenhaushalte³⁶ dagegen erzielen durch das Zusammenleben gewisse Skaleneffekte. Aus diesem Grund wird der Vermögensbedarf für Männer und Frauen addiert und anschließend durch die Quadratwurzel von 2 geteilt, was einem Betrag von 171.710 € entspricht.

Für die Klasse der über 55-Jährigen sind insgesamt 26% der als selbständig klassifizierten Haushalte nicht in der Lage, den Vermögensbedarf zur Abdeckung der Grundsicherung im Alter aus ihrem aktuellen Vermögen zu gewährleisten.³⁷ Auch eine Verzinsung des Vermögens zusammen mit einer Fortschreibung des derzeitigen Sparverhaltens reduziert diesen Prozentsatz nicht merklich.³⁸ Da in diese Betrachtung die Anwartschaften aus den obligatorischen Alterssicherungssystemen wie auch Verhaltensanpassungen nicht einbezogen werden können, kann dieser Prozentsatz als eine obere Grenze angesehen werden.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Diese Arbeit untersucht das Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen mit Hilfe des SAVE-Datensatzes 2005–2008. Die Komplexität des Altersvorsorge-Verhaltens lässt die Aufteilung der Untersuchung in Vorsorgefähigkeit, Vorsorgebereitschaft und Vorsorgeniveau auch aus theoretischer Sicht als sinnvoll und ratsam erscheinen. Der SAVE-Datensatz erlaubt die Messung dieser Konzepte durch die Erfragung des Nettoeinkommens, der Jahresersparnis, des Vermögens mit einer weiten Reihe anderer themenrelevanter Variablen. Das Panel erweitert dabei den Beobachtungshorizont einer Querschnittsanalyse auf einen Mehrjahreszeitraum.

Die Analyse zeigt, dass selbständige Individuen sowie Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher sowohl im Median als auch im Mittelwert ein höheres Nettoeinkommen aufweisen als abhängig Beschäftigte, was

³⁶ Diese Kalkulation unterscheidet nur zwischen 1 und 2 Personenhaushalten, weil diese ab einem Alter von 65 Jahren der Normalfall sind (in SAVE 2006 stellen die Ein- und Zweipersonenhaushalte etwa 91% der Haushalte dar, für die das Alter des Befragten über 65 Jahre ist). Auch wenn noch mehr Personen im Haushalt leben, so wird angenommen, dass das Vermögen ausschließlich für die Altersvorsorge der befragten Person und deren Partner verwendet wird.

³⁷ Das Ergebnis ist robust in Bezug auf die Definition von Selbständigkeit für den Haushalt. Berücksichtigt man für den Status der Selbständigkeit nicht wie hier das Panel, sondern nur das aktuelle Jahr, sind 24% der Haushalte nicht in der Lage, den errechneten Vermögensbedarf aufzubringen.

³⁸ Da „Lohnprofile“ für Selbständige in Deutschland nicht vorliegen, wurde der aus drei Jahren gemittelte Sparbetrag bis zu einem Alter von 65 Jahren fortgeschrieben. Alle anderen Annahmen entsprechen denen in Anhang D.

vor allem an einer höheren Dichte von hohen Einkommen liegt. Jedoch gibt es auch mehr Selbständige am unteren Ende der Verteilung, obwohl für die Selbständigen keine Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt werden. Die anschließende Vorsorgefähigkeitsanalyse anhand der relativen und absoluten Armuts Grenzen unterstreicht die Bedeutung des Einbezugs der Ressourcen des gesamten Haushaltes in die Analyse. Der Anteil der Selbständigen, die selbst auf Haushaltsebene keine ausreichende Vorsorgefähigkeit aufweisen, um ein Alterseinkommen auf Grundsicherungsniveau zu ersparen, ist mit 11 – 12% für einen Konsum während des Erwerbslebens in Höhe der absoluten Armuts Grenze und 21 – 22% für einen Konsum in Höhe der relative Armuts Grenze auf einem hohen Niveau.

Die anschließende Vorsorgebereitschaftsanalyse anhand der Jahresgesamtersparnis macht deutlich, dass Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher im Mittel mehr sparen als Haushalte mit abhängig beschäftigtem Haupteinkommensbezieher. Dies gilt sowohl für die Analyse der Haushaltsparquoten auf jährlicher Basis als auch für die Analyse der Sparquoten im Panel. Die Einkommensspreizung der Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher ist jedoch sehr hoch. Alarmierend sind hier vor allem die geringen Sparquoten in den Haushaltsnettoeinkommensklassen bis zu 2.000 €. In diesen sparen sogar abhängig Beschäftigte auf geringem Niveau mehr als Selbständige.

Haushalte mit selbständigem Haupteinkommensbezieher haben im Schnitt ein etwa dreimal so hohes Nettogesamtvermögen wie Haushalte mit abhängig beschäftigtem Haupteinkommensbezieher. Erstaunlich ist jedoch, dass bei der Betrachtung der einzelnen Vermögenskategorien das Vermögen in Altersvorsorgeprodukten (betrieblich und privat) bei Selbständigen mit nur 5% einen kleineren Anteil am durchschnittlichen Nettogesamtvermögen einnimmt als bei den abhängig Beschäftigten mit etwa 10%. Auch das Nettogesamtvermögen von Haushalten mit selbständigem Haupteinkommensbezieher ist ungleich verteilt. Diese Ungleichverteilung führt dazu, dass etwa 26% in der Klasse der über 55-Jährigen nicht in der Lage sind, das Vermögen zur Abdeckung der Grundsicherung ab 65 Jahren aufzubringen. Diese Betrachtung klammert allerdings die in obligatorischen Altersvorsorgewerken erworbenen Anwartschaften und Verhaltensänderung aus und muss daher als obere Grenze angesehen werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Verwerfungen am Kapitalmarkt suggerieren eine stärkere Betroffenheit der nicht obligatorisch abgesicherten Selbständigen, da diese ausschließlich auf die kapitalgedeckte Altersvorsorge angewiesen sind. Die Auswirkungen der Krise auf das Altersvorsorgevermögen sind aber geringer als dies im Allgemeinen angenommen wird. So liegt der selbstberichtete durchschnittliche Verlust eines SAVE-Haushaltes durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008 bei etwa 2.500 €, was im Durchschnitt etwa 3,6% des Finanzvermögens entspricht (Börsch-

Supan / Bucher-Koenen / Gasche / Ziegelmeyer, 2009). Berechnet man die Verluste mit Hilfe einer Hochrechnung, bei welcher der Vermögensbestand Ende 2007 mit den tatsächlichen Renditen auf Ende 2008 fortgeschrieben wird, so ergeben sich dabei sehr ähnliche Ergebnisse (Börsch-Supan / Gasche / Ziegelmeyer, 2009, 30). Die in SAVE berichteten und simulierten Vermögensverluste liegen zudem recht nahe an den Aggregatswerten der Bundesbank.³⁹ Auch bei der GRV kommt es durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer faktischen Abwertung der erworbenen Entgeltpunkte, weil sich die Löhne und damit der aktuelle Rentenwert auf einem niedrigeren Niveau befinden als ohne Krise. Berechnet man die Auswirkungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise auf das gesamte Erwerbsleben und die Ruhestandsphase einer Person, so ergibt sich für die Rendite der Altersvorsorge für verschiedene Geburtsjahrgänge bei der gesetzlichen Rente je nach Szenario eine um maximal 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte geringere implizite Rendite (Börsch-Supan / Gasche / Wilke, 2009). Dies ist in etwa mit dem Renditeverlust von maximal 0,1 Prozentpunkten (Altersvorsorgevermögen) bzw. maximal 0,2 Prozentpunkten (gesamtes Finanzvermögen) vergleichbar (Börsch-Supan / Gasche / Ziegelmeyer, 2009, Kapitel 5). Aus dem dargelegtem Sachverhalt wird deutlich, dass von der kapitalgedeckten Altersvorsorge abhängige Selbständige im Durchschnitt nicht stärker betroffen sein dürften als die Beitragszahler bei der GRV.⁴⁰

Die Verwendung der SAVE-Daten ermöglicht, ein umfassenderes Bild vom Vorsorgepotential und der daraus resultierenden Schutzbedürftigkeit von Selbständigen vor möglicher Altersarmut zu zeichnen. Dabei zeigt sich, dass dem größten Teil der Selbständigen ausreichende Mittel für eine entsprechende Altersvorsorge zur Verfügung stehen, so dass für diese Gruppe Altersarmut ausgeschlossen sein dürfte. Doch für einen gewissen kleineren Teil ist die Gefahr von Altersarmut nicht von der Hand zu weisen. Die Auswertung von weiteren Datenquellen und eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema bleiben weiterhin notwendig. Der vorliegende Aufsatz ist als Ergänzung zur bisherigen Literatur zu sehen, um die Wissenslücke in diesem Bereich weiter zu schließen.

Aus diesen Ergebnissen sollte jedoch nicht vorschnell auf ein generelles Schutzbedürfnis von Selbständigen geschlossen werden, mit dem eine generelle Vorsorgepflicht bzw. Versicherungspflicht für Selbständige gerechtfertigt werden könnte. Dies erfordert eine wesentlich differenzierte sozialpolitische Abwägung der mit einer solchen Lösung verbundenen Nachteile. Selbst wenn man eine Versicherungspflicht als notwendig erachten würde, bedeutete dies

³⁹ Berechnet man auf Basis der Geldvermögensstatistik der Bundesbank den Rückgang des Bruttogeldvermögens von Ende 2007 auf Ende 2008, liegt der Rückgang bei etwa 3.100 €.

⁴⁰ Bei dieser Betrachtung wird die Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Betriebsvermögen ausgeklammert.

nicht, dass diese in Form einer Einbeziehung in die GRV (Stichwort: Erwerbstätigenversicherung) erfolgen sollte. Denn hier müssen die negativen Effekte einer Ausweitung der „demographieanfälligen“ umlagefinanzierten Rentenversicherung, und vor allem die damit verbundenen negativen Anzeizeffekte für das Arbeitsangebot dieser Personengruppe berücksichtigt werden.

Literatur

- Angeletos, G.-M. / Laibson, D., et al.* (2001): The Hyperbolic Consumption Model: Calibration, Simulation, and Empirical Evaluation, *Journal of Economic Perspectives*, 15(3): 47 – 68.
- Banks, J. / Emmerson, C. / Oldfield, Z. / Tetlow, G.* (2005): Prepared for Retirement? The Adequacy and Distribution of Retirement Resources in England, The Institute for Fiscal Studies: London.
- Börsch-Supan, A. / Bucher-Koenen, T. / Gasche, M. / Ziegelmeyer, M.* (2009): Deutsche Privathaushalte in der Finanz- und Wirtschaftskrise – Betroffenheit und Reaktionen, MEA-Studie Nr. 10, MEA Mannheim.
- Börsch-Supan, A. / Coppola, M. / Essig, L. / Eymann, A. / Schunk, D.* (2008): The German SAVE Study. Design and Results, MEA Study Nr. 6, MEA Mannheim.
- Börsch-Supan, A. / Gasche, M. / Wilke, C.* (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner, MEA-Studie Nr. 9, MEA Mannheim.
- Börsch-Supan, A. / Gasche, M. / Ziegelmeyer, M.* (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf die private Altersvorsorge, MEA Discussion Paper 193 – 09, MEA Mannheim.
- Breyer, F. / Buchholz, W.* (2007): *Ökonomie des Sozialstaats*, Berlin / Heidelberg.
- Bucher-Koenen, T.* (2009): Financial Literacy and old-age provision in Germany – Evidence from SAVE 2008, MEA Discussion Paper 192 – 09, MEA Mannheim.
- Bundesministerium der Finanzen* (eds.) (2004): Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2005 (Fünfter Existenzminimumbericht): Monatsbericht 02.2004, 89 – 95.
- Bundesregierung* (eds.) (2006): Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht): Drucksache 16 / 3265, Unterrichtung durch die Bundesregierung.
- Bundesregierung* (eds.) (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf, letzter Zugriff: 20. 7. 2009.
- Deutsche Rentenversicherung Bund* (eds.) (2008): *Rentenversicherung in Zahlen 2008*, Berlin.
- Deutsche Rentenversicherung Bund* (eds.) (2008): *Rentenversicherung in Zeitreihen 2008*, Berlin.

- Deutsche Rentenversicherung Bund* (eds.) (2009): Grundsicherung, Homepage: http://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/nn_11962/SharedDocs/de/Navigation/Rente/Leistungen/grundsicherung/Beispiele_node.html_nnn=true, letzter Zugriff: 20. 7. 2009.
- Dräther, H. / Fachinger, U. / Oelschläger, A.* (2001): Selbständige und ihre Altersvorsorge: Möglichkeiten der Analyse anhand der Mikrozensus und erste Ergebnisse, MPRA Paper No. 1130.
- Fachinger, U.* (2002): Sparfähigkeit und Vorsorge gegenüber sozialen Risiken bei Selbständigen: Einige Informationen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, MPRA Paper No. 1126.
- Fachinger, U. / Oelschläger, A. / Schmähl, W.* (2004): Alterssicherung von Selbständigen: Bestandsaufnahme und Reformoptionen, LIT Verlag, Berlin / Hamburg / Münster.
- Flecken, H.-L.* (2008): Sozialgesetzbuch – 6. Buch Rentenversicherung, In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (eds.): Übersicht über das Sozialrecht, 5. Auflage, Nürnberg, Kapitel 6, 261 – 458.
- Frederick, S. / Loewenstein, G., et al.* (2002): Time Discounting and Time Preference: A Critical Review, *Journal of Economic Literature*, 40(2): 351 – 401.
- Frick, J. / Goebel, J. / Grabka, M. / Groh-Samberg, O. / Wagner, G.* (2007): Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hocheinkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP, Data Documentation 19, DIW Berlin.
- Friedman, M.* (1957): *A Theory of the Consumption Function*, Princeton.
- Glenberg, A. M. / Andrzejewski, M. E.* (2008): *Learning from data – an introduction to statistical reasoning*, 3. ed., New York [u. a.].
- Heien, T. / Kortmann, K. / Schatz, C.* (2007): Altersvorsorge in Deutschland 2005, DRV-Schriften, Band 75.
- Institut für Freie Berufe* (eds.) (2005): Freie Berufe 2005 im Zahlenbild. Zuwächse auf der Grundlage unterschiedlicher Entwicklungen, Nürnberg: <http://www.ifb.uni-erlangen.de/pdf/Info-2005-01.pdf>, letzter Zugriff: 27. 7. 2009.
- Juster, F. / Smith, J. / Stafford, F.* (1999): The measurement and structure of household wealth, *Labour Economics*, 6, 253 – 275.
- Kimball, M. S.* (1990): Precautionary Saving in the Small and in the Large, *Econometrica*, 58(1): 53 – 73.
- Knospe, A.* (2008): Sozialgesetzbuch – 4. Buch Gemeinsame Vorschriften, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (eds.): Übersicht über das Sozialrecht, 5. Auflage, Nürnberg, Kapitel 4, 85 – 125.
- Kohlmeier, A.* (2009): Die Ausweitung des Versichertenkreises der Gesetzlichen Rentenversicherung – Bestimmungsgründe und Verteilungswirkungen, *Dissertationschrift*, Technische Universität Darmstadt.
- Laibson, D. / Tobacman, J., et al.* (2007): Estimating Discount Functions with Consumption Choices over the Lifecycle, *University of Oxford Discussion Paper Series*.

- Leland, H. E. (1968): Saving and Uncertainty: The Precautionary Demand for Saving, *Quarterly Journal of Economics*, 82, 465 – 473.
- Lusardi, A. (1999): Information, Expectations, and Savings for Retirement, in: H. Aaron (eds.): *Behavioral Dimensions of Retirement Economics*, Washington (D.C.): Brookings Institution and Russell Sage Foundation, 8 – 115.
- Lusardi, A. (2003): Planning and Saving for Retirement, Working Paper, Dartmouth College, http://www.dartmouth.edu/~alusardi/Papers/Lusardi_pdf.pdf, letzter Zugriff: 3. 8. 2009.
- Lusardi, A. / Beeler, J. (2007): Saving Between Cohorts: The Role of Planning, in: B. Madrian / O. Mitchell / B. Soldo (eds.): *Redefining Retirement. How Will Boomers Fare?* Oxford.
- Lusardi, A. / Mitchell, O. S. (2007): Baby boomers retirement security: The role of planning, financial literacy and housing wealth, *Journal of Monetary Economics*, 54, 205 – 224.
- Lusardi, A. / Mitchell, O. S. (2009): How Ordinary Consumers Make Complex Economic Decisions: Financial Literacy and Retirement Readiness, Working paper, <http://www.dartmouth.edu/~alusardi/Papers/LusardiMitchellOrdinaryConsumers.pdf>, letzter Zugriff: 3. 8. 2009.
- Merz, J. (2006): Polarisierung der Einkommen von Selbständigen? Zur Dynamik der Einkommensverteilung und der hohen Einkommen von Selbständigen und abhängig Beschäftigten, MPRA Paper No. 5743.
- Modigliani, F. / Brumberg, R. (1954): Utility analysis and the consumption function: An interpretation of cross-section data, in: J. H. Flavell / L. Ross (eds.): *Social Cognitive Development Frontiers and Possible Futures*, Cambridge (NY): University Press.
- OECD (eds.) (2005): What are equivalence scales? OECD Social Policy Division; <http://www.oecd.org/dataoecd/61/52/35411111.pdf>, letzter Zugriff: 3. 8. 2009.
- Rische, H. (2008): Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, RVaktuell 1 / 2008.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (eds.) (2006 / 2007): *Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen*, Jahresgutachten 2006.
- Scholz, J. K. / Seshadri, A. / Khitatrakun, S. (2006): Are Americans Saving 'Optimally' for Retirement? *Journal of Political Economy*, 114(4): 607 – 643.
- Schulze Buschoff, K. (2007): Neue Selbstständige – Die Entwicklung in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, Beitrag zur DGB-Tagung zum Grünbuch der EU-Kommission, 13. Februar 2007.
- Schunk, D. (2008): A Markov Chain Monte Carlo Algorithm for Multiple Imputation in Large Surveys, *Advances in Statistical Analysis*, 92, 101 – 114.
- Soman, D. / Ainslie, G., et al. (2005): The Psychology of Intertemporal Discounting: Why are Distant Events Valued Differently from Proximal Ones? *Marketing Letters*, 16(3 / 4): 347 – 360.

- Sozialgesetzbuch* (2003): Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022) viertes Kapitel, http://bundesrecht.juris.de/sgb_12/, letzter Zugriff: 3. 8. 2009.
- Windhövel, K. / Funke, C. / Möller, J.-C.* (2008): Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Konsequenzen bei Einkommensverteilung, Beitragssatz und Gesamtwirtschaft, Abschlussbericht der Prognos AG für die Hans Böckler Stiftung.
- Wirth, C.* (2008): Alterssicherung der Landwirte, In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (eds.): Übersicht über das Sozialrecht, 5. Auflage, Nürnberg, Kapitel 17, 801–822.
- Ziegelmeyer, M.* (2009a): Documentation of the logical imputation using the panel structure of the 2003–2008 German SAVE Survey, MEA Discussion Paper 173–09, MEA Mannheim.
- Ziegelmeyer, M.* (2009b): Analysis of the Precautionary Saving Motive Based on a Subjective Measure (SAVE 2005–2007): MEA Study Nr. 7, MEA Mannheim.

Anhang A: Datensätze

Für die Untersuchung des Altersvorsorgeverhaltens von Selbständigen kommen verschiedene, in Tabelle 10 aufgeführte, Datensätze in Frage. Der Überblick beschränkt sich auf die Aspekte der jeweiligen Umfragen, die zur Analyse des Altersvorsorge-Verhaltens von Selbständigen notwendig sind. Dabei müssen Selbständige und eventuell verschiedene Untergruppen (z. B. nicht obligatorisch abgesicherte Selbständige) identifiziert werden können. Ferner spielen die Stichprobengröße und deren mögliche Beschränkung eine Rolle. Eine Analyse von Vorsorgefähigkeit, Vorsorgebereitschaft und Vorsorgeniveau ist für eine umfassende Untersuchung notwendig, wozu Angaben zu Einkommen⁴¹, Ersparnis und Vermögen⁴² erforderlich sind. Angaben über die entsprechenden Erwerbsverläufe vervollständigen das Bild.

⁴¹ Die aufgelisteten Datensätze unterscheiden sich teilweise stark in der Einkommenserfassung. Während beispielsweise in der EVS sehr detailliert nach den Beträgen der einzelnen Einkommenskategorien, nach Abzügen und Beiträgen gefragt wird, erfasst der Mikrozensus in verschiedenen Größenklassen nur das Gesamtnettoeinkommen über alle Einkommensarten. Einzelne Einkommenskategorien werden nur als Ja/Nein Frage gestellt.

⁴² Bei der Erfassung von Vermögen kommt es zu vielfältigen Problemen. Entgegen der in der Literatur verbreiteten Meinung, kommen Frick et al. (2007) auf Basis des SOEP zum Schluss, dass auch normale Stichproben, die reiche Haushalte nicht gezielt überproportional in die Stichprobe aufnehmen, nicht zwangsläufig verzerrt sind. Die Autoren deuten darauf hin, dass es auch am unteren Ende der Vermögensverteilung zu einer Untererfassung kommt. Dies liegt daran, dass in quasi allen Erhebungen Personen, die auf der Straße bzw. in Notunterkünften leben, nicht erfasst werden.

Ferner kommt es vor allem beim Finanzvermögen zu einer erheblichen Untererfassung von Vermögen über verschiedene Umfragen (Frick et al., 2007, Abbildung 8, 13),

Die *AVID 2005* ist in Bezug auf die direkten Altersvorsorgemaßnahmen (Erste, Zweite und Dritte Säule der Altersvorsorge) der detaillierteste Datensatz. Allerdings bezieht er sich im Umfragejahr 2002 auf die 40- bis unter 60-Jährigen. Ähnlich verhält es sich mit der *ASID 2003*, die 55- bis 80-Jährige im Befragungsjahr 2003 enthält. Beide Umfragen sind somit nicht in der Lage die neusten Entwicklungen am Arbeitsmarkt für alle Erwerbstätigen abzubilden. Dies ist insofern wichtig, weil Altersarmut laut dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2008) zurzeit noch kein aktuelles Problem darstellt.⁴³

Der *Mikrozensus* und die *Einkommensteuerstatistik* kommen für eine Untersuchung möglicher Altersarmut von Selbständigen nur bedingt in Frage, da diese Datensätze nur eine Vorsorgefähigkeitsanalyse mit Hilfe des Einkommens zulassen. Die *EVS* geht darüber hinaus und erlaubt zusätzlich die Sparbereitschaft der Haushalte sowie indirekte Altersvorsorgemaßnahmen (Vermögen ohne die drei Säulen der Altersvorsorge) in die Betrachtung mit einzu beziehen. Ferner wird das Vermögen für die private Altersvorsorge erfasst. Die Vermögensfragen des *SOEP* aus den Jahren 2002 und 2007 ermöglichen die gleiche Analysebandbreite wie in der *EVS*. Ferner stehen durch die Paneldimension Erwerbshistorien zur Verfügung und Soloselbständige können eindeutig identifiziert werden. Ein Nachteil des *SOEP* besteht allerdings in der Befragung der aktuellen Ersparnis.⁴⁴ Diese wird als Residualgröße erfragt und es bleibt unklar, ob beispielsweise Beiträge für Riester- oder Lebensversicherungsverträge Berücksichtigung finden, da diese oftmals als Daueraufträge den Betrag auf dem Girokonto vermindern. Auch unregelmäßig zurückgelegte Beiträge bleiben unberücksichtigt.

Die seit 2001 vom Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (MEA) in Zusammenarbeit mit TNS-Infratest durchgeführte *SAVE*-Befragung ermöglicht es hingegen, eine Vorsorgefähigkeits-, Vorsorgebereitschafts- wie auch eine Vorsorgeniveauanalyse von Selbständigen und abhängigen Beschäftigten durchzuführen. Siehe dazu Abschnitt 4.

wohingegen Schulden und Realvermögen verhältnismäßig gut erfasst sind. Die gleichen Feststellungen können auch auf Basis des *SAVE*-Datensatzes gemacht werden. Warum es zu dieser Untererfassung kommt, lassen die Autoren offen. Gründe dafür liegen beispielsweise darin, dass Finanzvermögen oft in einzelnen Vermögenskategorien, die sich oftmals aus verschiedenen Unterrubriken zusammensetzen, erfragt wird. Da ein Haushalt oftmals eine Vielzahl von unterschiedlichen Finanzprodukten nutzt, fällt es den Befragten schwer, sich an alle abgeschlossenen Verträge zu erinnern (Juster/Smith/Stafford, 1999, 257, 260).

⁴³ 2,3% der Menschen ab 65 Jahren bezogen eine Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am Ende des Jahres 2006 (Seite 5 der Kurzfassung).

⁴⁴ Frage 52 im *SOEP* Fragebogen 2007 lautet: „Bleibt Ihnen in der Regel monatlich ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen oder zurücklegen können, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung? Wenn ja, welcher Betrag etwa?“

Tabelle 10: Datensatzübersicht

Datensatz	Stichprobengröße I = Individuen H = Haushalte	Stichproben- beschränkungen	Soloselbständige	nicht versiche- rungs-pflichtige Selbständige	Vorsorgefähigkeit	Vorsorgebereitschaft	Erwerbsverläufe	Vorsorgenniveau (direkt = 1, 2, 3 Säule)			Vorsorgenniveau (indirekt = Vermögen)
								1	2	3	
AVID 2005	13.716 I	1942 – 1961	0	X	0	0	X	X	X	X	0
ASID 2003	37.262 I	1923 – 1948	0	X	X	0	X	J/N	J/N	J/N	0
Mikrosensus 2005, 2006	ca. 0,8 Mio I		X	0	X	0	0	0	0	0	0
Einkommensteuerstatistik 2001	ca. 3 Mio. I	*	0	0	X	0	0	0	0	0	0
EVS 2003	53.400 HH	**	0	1/2	X	X	0	0	0	X	X
SOEP 2002, 2007	10.202 HH I ^{a)}		X	0	X	X	X	0	0	X	X
SAVE 2005 – 2008	2305 – 3474 HH		0	1/2	X	X	1/2	J/N	X	X	X

Erklärung: 0: = keine Angabe; X: = enthalten; 1/2: = teilweise enthalten; J/N: = nur als Ja/Nein Frage enthalten. * Nicht erfasst ist nicht steuerpflichtiges und nicht versteuertes Einkommen; ** Monatseinkommen über 18.000 € abgeschnitten. ^{a)} Standard-Stichprobe in 2002.

Anhang B: Vergleich SAVE mit Mikrozensus und EVS

Tabelle 11

**Vergleich „Art der Beschäftigung“ von SAVE, Mikrozensus,
EVS auf Individualebene⁴⁵**

	2005		2006		2003	2003
	SAVE	Mikro- zensus	SAVE	Mikro- zensus	EVS	EVS ¹
Personen	3824	395396	5818	412242	80369	80369
in Prozent	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon: Arbeiter	14,5%	14,9%	14,7%	14,8%	10,0%	13,3%
Angestellter	27,7%	28,0%	28,7%	29,1%	33,7%	27,9%
Beamter	3,5%	3,2%	4,1%	3,2%	7,2%	3,6%
Selbständiger	7,6%	6,0%	7,3%	6,1%	4,0%	4,4%
Mithelf. Familienangehöriger	0,6%	0,6%	0,8%	0,6%	0,3%	0,2%
in keiner Weise erwerbstätig	46,1%	47,3%	44,5%	46,3%	44,8%	50,6%
Total	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Bemerkung: Mikrozensus und EVS Stichproben auf Individuen über 17 Jahre beschränkt. ¹ Gewichtet mit Hochrechnungsfaktoren für Deutschland.

Quelle: Scientific Use-files des Mikrozensus 2005, 2006 und EVS 2003; SAVE 2005 und 2006.

⁴⁵ H_0 : Stichproben haben identische relative Häufigkeitsverteilungen (Testquelle: Glenberg / Andrzejewski, 2008, 513 ff.). H_0 wird verworfen für SAVE und Mikrozensus 2005 mit $\alpha = 1\%$ durch Kategorie der Selbständigen. Ebenso wird H_0 für SAVE und Mikrozensus 2006 sowie EVS 2003 und Mikrozensus 2005 mit $\alpha = 1\%$ verworfen, wobei SAVE eine wesentlich niedrigere χ^2 Statistik hat.

Tabelle 12

**Haushaltsnettoeinkommen von Selbständigen in SAVE, Mikrozensus
und EVS nach Berufsstand der befragten Person⁴⁶**

Haushaltsnetto- einkommen	2005		2006		2003	2003
	Mikro- zensus(*)	SAVE	Mikro- zensus(*)	SAVE	EVS	EVS ¹
< 500	2,3%	2,7%	1,6%	2,7%	1,1%	1,6%
500 – 899	5,5%	3,8%	5,2%	2,7%	1,5%	2,5%
900 – 1499	13,4%	13,1%	14,1%	10,8%	6,4%	9,3%
1500 – 1999	12,3%	10,4%	12,0%	12,7%	7,3%	9,1%
2000 – 2599	15,1%	15,8%	14,7%	24,2%	11,9%	13,4%
2600 – 3199	11,8%	15,8%	12,1%	11,5%	12,9%	13,1%
3200 – 3999	12,0%	14,8%	12,2%	13,1%	14,4%	12,9%
4000 – 4999	10,0%	10,9%	10,3%	8,8%	14,8%	12,6%
5000 – 7499	10,3%	6,0%	10,7%	8,5%	18,7%	15,9%
> 7500	7,4%	6,6%	7,1%	5,0%	11,0%	9,6%
Total	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Bemerkung: Mikrozensus und EVS Stichproben auf Individuen über 17 Jahre beschränkt. (*) Prozentsatz bezieht sich auf beobachtete Werte (ohne Missings). ¹ Gewichtet mit Hochrechnungsfaktoren für Deutschland.

Quelle: Scientific Use-files des Mikrozensus 2005, 2006 und EVS 2003; SAVE 2005 und 2006.

⁴⁶ Um die Vergleichbarkeit des Haushaltsnettoeinkommens zu gewährleisten, wurde die Wahl der Einkommensklassen an den Mikrozensus angepasst, in welchem das Nettoeinkommen anhand von vorgegebenen Größenklassen abgefragt wird. In SAVE ist die Fragenabfolge (zuerst Ja/Nein Fragen nach Einkommenskategorien und anschließend die Frage nach dem gesamten Haushaltsnettoeinkommen) sehr ähnlich gestellt wie im Mikrozensus, so dass die genauen Eurobeträge nur noch in die Kategorien eingeteilt werden müssen. Im Fall der EVS ergibt sich das Haushaltsnettoeinkommen aus den Bruttoeinkommenspositionen minus Abzüge und Beiträge.

H_0 kann nicht verworfen werden für SAVE und Mikrozensus 2005 mit $\alpha = 10\%$. H_0 wird verworfen für SAVE und Mikrozensus 2006 mit $\alpha = 1\%$ durch Kategorie 2.000 – 2.599 €. H_0 wird verworfen für EVS 2003 und Mikrozensus 2005 mit $\alpha = 1\%$ durch mehrere Kategorien.

Tabelle 13

Soziodemographische Merkmale der Selbständigen in SAVE, Mikrozensus und EVS

	2005		2006		2003	2003
	SAVE	Mikro- zensus	SAVE	Mikro- zensus	EVS	EVS ¹
Geschlecht						
männlich	63,2%	69,6%	63,0%	69,0%	69,2%	69,4%
weiblich	36,8%	30,4%	37,0%	31,0%	30,8%	30,7%
Haushaltsgröße						
1	7,9%	17,9%	8,5%	19,0%	11,5%	20,4%
2	36,8%	33,0%	45,5%	32,7%	30,0%	28,9%
3	24,7%	21,3%	18,7%	21,1%	20,4%	19,7%
4	19,9%	19,8%	18,0%	19,1%	23,8%	20,0%
5	8,6%	6,0%	7,1%	6,2%	9,9%	7,8%
> = 6	2,1%	2,0%	2,1%	1,9%	4,4%	3,2%
Altersklassen						
< 30	5,5%	6,4%	9,0%	6,4%	2,3%	2,6%
30 – 39	23,4%	22,8%	20,1%	21,7%	24,5%	25,6%
40 – 49	30,9%	33,3%	26,1%	33,8%	38,3%	36,1%
50 – 59	22,7%	24,2%	23,2%	24,9%	26,0%	24,9%
> = 60	17,5%	13,3%	21,6%	13,3%	9,0%	10,3%
Mittwelter Alter	47,3	46,2	47,9	46,4	46,0	46,0
Percentile 25	38	38	38	39	39	nicht erlaubt
Percentile 50	46	45	48	46	45	nicht erlaubt
Percentile 75	55	54	58	54	53	nicht erlaubt
Familienstand						
ledig	17,2%	23,2%	17,1%	23,6%	16,0%	22,5%
verheiratet	75,9%	66,1%	72,0%	65,3%	75,7%	66,7%
verwitwet	0,3%	1,9%	1,9%	2,2%	0,8%	1,0%
geschieden	6,5%	8,8%	9,0%	8,9%	7,5%	9,8%
Deutsche Staatsbürgerschaft						
ja	94,8%	93,6%	96,2%	93,6%	98,2%	98,4%
nein	5,2%	6,4%	3,8%	6,4%	1,8%	1,6%
Bildungsabschluss						
Haupt-(Volks-)schule	24,1%	27,2%	21,1%	26,6%	nicht gefragt	nicht gefragt
Polytechnische Oberschule	15,8%	8,0%	10,7%	8,1%	nicht gefragt	nicht gefragt
Realschule (Mittlere Reife)	21,0%	20,2%	21,3%	20,6%	nicht gefragt	nicht gefragt
Fachhochschule	6,2%	8,1%	8,5%	8,2%	nicht gefragt	nicht gefragt
Abitur	33,0%	34,5%	38,4%	34,9%	nicht gefragt	nicht gefragt
ohne Angabe / entfällt	0,0%	1,8%	0,0%	1,7%	nicht gefragt	nicht gefragt

Bemerkung: Mikrozensus und EVS Stichproben auf Individuen über 17 Jahre beschränkt. ¹ Gewichtet mit Hochrechnungsfaktoren für Deutschland.

Quelle: Scientific Use-files des Mikrozensus 2005, 2006 und EVS 2003; SAVE 2005 und 2006.

Anhang C: Weitere Anmerkungen zur Stichprobe

Stichprobenbegrenzung: Da für diese Untersuchung plausible Werte für Einkommen und Ersparnis wichtig sind, wurden all diejenigen Haushalte gelöscht, deren Angaben zu einem negativen Konsum des Haushaltes geführt hätten. Dazu wurde das durchschnittliche Monatsnettoeinkommen mit 12 multipliziert und größere außergewöhnliche Einkünfte (Schenkung, Lotteriegewinn, Gewinnausschüttung etc.) oder Erbschaften ohne die Erbschaft eines Hauses oder Grundstücks addiert. Die Erbschaft eines Hauses oder Grundstückes wird nicht addiert, da ein Verkauf stattfinden müsste, um anderen Konsum außer Wohnkonsum daraus zu ziehen. Würde die Erbschaft eines Hauses bzw. eines Grundstückes auch addiert, so ergäbe sich ein nur sehr geringer Unterschied von zwei Haushalten in der Stichprobe. Anschließend wurde die Ersparnis des Jahres subtrahiert. Von den 11.318 Beobachtungen auf Haushaltsebene von 2005–2008 mussten 61 Beobachtungen (ca. 0,5%) gelöscht werden.

Erfassung des Berufsstandes: Der erfasste Berufsstand bezieht sich auf den Zeitpunkt der Befragung selbst. Ein Wechsel während des Jahres in einen anderen Berufsstand könnte daher für die Aussagekraft der Daten ein Problem darstellen. In SAVE gibt es allerdings Möglichkeiten in eingeschränktem Maße für einen eventuellen Wechsel des Berufsstandes während des Jahres zu kontrollieren. Die Dummyvariable „Einkommen aus selbständiger Tätigkeit“, die sich auf die Einkommensarten im Dezember des Vorjahres bezieht, kann dazu herangezogen werden. Somit könnte der Selbständigen-Status eines Jahres gemessen im Befragungszeitraum von normalerweise April bis August mit dieser Dummyvariablen des Fragebogens aus dem nächsten Jahr überprüft werden. Da Landwirte, Freiberufler, Gewerbetreibende und sonstige Selbständige Einkommen aus selbständiger Arbeit erzielen, werden die folgenden Angaben auf diese Gruppe bezogen dargelegt (die Hinzunahme von mithelfenden Familienangehörigen hätte das Bild verfälscht). So haben 73% (2005)/79% (2006)/76% (2007) der zum Befragungszeitpunkt als selbständig identifizierten und im Folgejahr erneut Befragten „Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit“ auch noch im Dezember.

Diese Zahl wird durch eine weitere untermauert. So beträgt die Korrelation des Selbständigen-Status von einem Jahr auf das andere zwischen 76 und 79%. Die Angaben beziehen sich abermals auf eine Zusammenfassung der Gruppen der Landwirte, Freiberufler, Gewerbetreibender und sonstiger Selbständiger. Nimmt man die für diese Arbeit definierte nicht obligatorisch abgesicherte Selbständigengruppe, reduziert sich die Korrelation auf 68–72%.

Anhang D: Berechnung des Sparbetrages, der die Grundsicherung im Alter deckt

Annahmen:

- Grundsicherung im Alter (real): $G = 647$ € pro Monat,
- Inflation bzw. Steigerung der Rente pro Jahr: $\delta = 2\%$,
- Nominalzinssatz: $i = 4\%$,
- dynamische Lebenserwartung von 65-Jährigen Männern in 2006 (Bevölkerungsannahmen der Rürup-Kommission): $l^M = 16,63$ Jahre,
- dynamische Lebenserwartung von 65-Jährigen Frauen in 2006 (Bevölkerungsannahmen der Rürup-Kommission): $l^W = 20,28$ Jahre,
- für die Haushaltsebene wird das Geschlecht und das Alter der befragten Person genommen.

Berechnung des notwendigen Vermögens (V) bei Renteneintritt für Männer mit $l^j = l^M$ und Frauen mit $l^j = l^W$:

$$V_j = \frac{12 \cdot G \cdot \left(\left(\frac{1+\delta}{1+i} \right)^{l^j} - 1 \right)}{\left(\frac{1}{1+i} \right) \cdot (\delta - i)} .$$

Rechnungswert (RW) für Glättung der jährlichen Ersparnisbeträge mit:

- nominale Aufzinsung von $i = 4\%$,
- Wachstum der Ersparnisbeträge mit $\delta = 2\%$ (Inflation) + $w = 1\%$ (Reallohnwachstum),
- Erwerbsjahre: 40 Jahre von 25 bis 64 Jahre, d. h. alle gehen mit 65 in Rente: $t = \text{Alter}-65$ Jahre,
- Einzahlung der Ersparnisbeiträge geschieht am Ende des Jahres, Auszahlung der Annuität am Anfang des Jahres.

$$RW = \frac{\left(\frac{1+i}{1+\delta+w} \right)^{40} - 1}{\left(\frac{1}{1+\delta+w} \right) \cdot (i - \delta - w)} .$$

Die jährlich notwendige Ersparnis errechnet sich aus:

$$S_j = \frac{V_j}{RW} .$$

Die Berechnung der um Inflations- und Reallohnwachstum angepassten jährlichen Sparbeträge ergibt sich aus:

$$S_{jt} = S_j \cdot \left(\frac{1}{1 + \delta + w} \right)^t.$$

Vereinfachte Rückrechnung auf monatliche Basis:

$$\hat{S}_{jt} = S_{jt} / 12.$$

Anhang E: Weitere Tabellen

Tabelle 14

Haushaltssparquoten über Berufsgruppen (2005–2007)

	2005	2006	2007	2005–2007
individuelle Durchschnittssparquoten				
abh. Beschäftigte	7,7%	7,0%	7,2%	7,2%
	**	**	**	**
Selbständige	11,2%	10,1%	10,2%	10,4%
individuelle Mediansparquoten				
abh. Beschäftigte	3,3%	3,7%	2,9%	3,3%
Selbständige	5,1%	2,9%	4,6%	4,3%
Sparquote über Durchschnitte				
abh. Beschäftigte	8,7%	7,5%	8,0%	8,0%
Selbständige	12,5%	12,1%	10,6%	11,7%

Einkommen ohne außergewöhnliche Einkünfte. t -test $H_0: MW_B < MW_S$; *: 10% Signifikanzlevel; **: 5%; ***: 1%.

Quelle: Eigene Berechnung. SAVE 2005–2008.